

INSTITUT FÜR STRATEGIE UND SICHERHEITSPOLITIK
LANDESVERTEIDIGUNGS-AKADEMIE WIEN

GUNTHER HAUSER

ÖSTERREICH und die CORONAKRISE

REAKTIONEN, MASSNAHMEN, AUSBLICK





Impressum:

Amtliche Publikation der Republik Österreich/
Bundesminister für Landesverteidigung

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:

Republik Österreich/Bundesminister für Landesverteidigung,
BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungsakademie
Institut für Strategie und Sicherheitspolitik
Stiftgasse 2a, 1070 Wien

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

ISBN: 978-3-903121-94-2

Juli 2020

Druck:

Heeresdruckzentrum, 1030 Wien



AT/028/048



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“
des Österreichischen Umweltzeichens,
UW-Nr. 943

Vorwort

Diese Ausgabe des „ISS-Aktuell“ widmet sich einem höchst aktuellen Thema: der Corona-/Covid-19-Krise des Jahres 2020. Das Virus SARS-CoV-2 (Severe Acute Respiratory Syndrome Coronavirus) trat – unter bisher ungeklärten Umständen – erstmals Ende 2019 in der chinesischen Millionenstadt Wuhan in der Provinz Hubei auf und verbreitete sich rasch weltweit. Die Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization, WHO) sprach schon Ende Jänner 2020 von einer gesundheitlichen Notlage von internationaler Tragweite und stufte die Epidemie offiziell am 11. März als „Pandemie“ ein. Die durch dieses Virus verursachte Atemwegserkrankung Covid-19 (Coronavirus Disease 2019), umgangssprachlich kurz als „Corona“ bezeichnet, führte in vielen Ländern zu tiefen Einschnitten im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben. Teils drastische *Shutdowns* und *Lockdowns* zur Vermeidung der Ausbreitung des Virus brachten das soziale und das Wirtschaftsleben weitgehend zum Stillstand. Die betroffenen Sektoren reichen vom Arbeitsmarkt über die Kultur bis zum Freizeit- und Konsumverhalten; das (oft verpflichtende) Tragen von Mund-Nasen-Schutz („Maske“) und das Abstandhalten (Stichwort „Babyelefant“) prägten – und prägen immer noch – das öffentliche Leben. Bis dato (diese Studie wurde Mitte Juli 2020 fertiggestellt) verfügen wir weder über einen wirksamen Impfstoff noch über entsprechende spezifische Behandlungen; selbst nach der Feststellung eines Impfstoffes wird es Monate dauern, bis dieser nach den notwendigen Testungen in größerem Umfang zur Anwendung kommen kann. Die Krankheit und ihre Folgen werden uns also mit Sicherheit noch längere Zeit beschäftigen.

Die Entwicklung der kommenden Monate und Jahre ist derzeit nicht abzusehen – wird es zu einer „zweiten Welle“ kommen? Wenn ja, wann und unter welchen Umständen? All das ist Mitte 2020 nicht vorhersehbar. Gerade angesichts der Schwere der Folgen dieser Krise in allen Bereichen erscheint es aber wichtig, die Entwicklungen der letzten Monate in Österreich in einem kurzen Überblick darzustellen. Dies ist die Aufgabe dieser Zusammenstellung, die Hofrat Dr. Gunther Hauser, Leiter des Fachbereichs Internationale Sicherheit am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie, verfasst hat. Dabei handelt es sich noch nicht um eine tiefergreifende Analyse oder Bewertung – für eine solche ist es noch zu früh –, wohl aber um eine Übersicht über die wichtigsten Ereignisse und Entwicklungen. Fertiggestellt wurde diese Arbeit mit 20. Juli 2020 – dem Tag, als offiziell der Einsatz von Milizsoldaten im Covid-19-Einsatz endete. Gleichzeitig wurde – angesichts eines leichten Anstiegs der Fallzahlen – über punktuelle Verschärfungen der Maßnahmen in Österreich diskutiert: Das Thema „Corona“ ist noch keineswegs abgeschlossen.

Der Umgang mit dieser Pandemie stellte das staatliche Krisenmanagement vor neue Herausforderungen. Obwohl Pandemien stets zu den möglichen Bedrohungsszenarien gehörten, waren das Auftreten dieser Krankheit und ihre schnelle Verbreitung zunächst eine Überraschung, auf die Politik und Verwaltung schnell und angemessen reagieren mussten. Aus heutiger Perspektive kann man feststellen, dass dies in Österreich vielfach besser gelang als in anderen Staaten. Ziel der vorliegenden Studie ist es, die gesundheitspolitischen und anderen Maßnahmen der Regierung und Verwaltung in Österreich darzustellen.

Da sich die Landesverteidigungsakademie als wissenschaftliche Institution versteht, erscheint auch diese Publikation unter der Verantwortung des Autors als Wissenschaftler und repräsentiert daher ausschließlich dessen persönliche Einschätzung, nicht aber irgendeine offiziöse Meinung des Ressorts oder der Akademie.

Die Mitarbeiter des ISS wünschen in diesem Sinne eine spannende Lektüre.

Hofrat Univ.-Doz. Dr. Erwin A. Schmidl
Leiter des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie in Wien

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	1
Inhaltsverzeichnis	2
Österreich und die Coronakrise: Reaktionen, Maßnahmen, Ausblick.....	4
Einleitung	4
Krankheiten – woran Menschen in Österreich sterben.....	5
Der „Fall Ischgl“ und dessen Auswirkungen auf das Krisenmanagement.....	5
Grenzschießungen und die Rückholung von Österreichern aus dem Ausland	7
Die Reaktion der österreichischen Bundesregierung auf die Coronakrise.....	8
Die Durchhaltezeit bis Ostern.....	10
Die Zeit nach Ostern: „Auferstehung“	12
„Big Data“ und strittige Corona-Regeln.....	13
Bundesheer, Zivildienstler, Pflegekräfte.....	15
Wirtschaftliche Auswirkungen der Coronakrise auf Österreich.....	17
Hohe Arbeitslosigkeit und Einbrüche im Tourismus	20
Wird eine „zweite Coronawelle“ in Österreich erwartet?.....	22
Schlussfolgerungen	23

Österreich und die Coronakrise: Reaktionen, Maßnahmen, Ausblick

Einleitung

Die „Coronakrise“ erreichte Österreich im März 2020. Die österreichische Bundesregierung traf sehr früh – fast zeitgleich mit Dänemark – Mitte März die ersten Maßnahmen zur Eindämmung des neuen Virus Sars-CoV-2 bzw. der daraus abgeleiteten Krankheit Covid-19.

Wer zu Beginn der Coronakrise der „Patient Null“ war und wie das Virus Sars-CoV-2 auf den Menschen übersprang, wird sich womöglich nie mehr klären lassen. Zwei neuere Untersuchungen, veröffentlicht Anfang Mai 2020, deuten aber darauf hin, dass dies schon früher geschehen sein könnte als bislang angenommen. Französische Mediziner berichteten über den Fall eines Patienten, der an Covid-19 litt und ab 27. Dezember 2019 in Paris behandelt wurde. Eine Studie britischer Forscher folgerte aufgrund des Genom-Vergleichs von 7500 Sars-CoV-2-Viren aus aller Welt, dass die internationale Ausbreitung vermutlich im Jahr 2019 begonnen haben dürfte.

Auch in Österreich könnte sich die Annahme, wann diese Pandemie das Land erreichte, entsprechend neuerer Informationen noch ändern. Bislang gelten als erste Virusinfektionen in Österreich jene, die am 25. Februar 2020 registriert wurden – es handelte sich um zwei 24-jährige, in Innsbruck lebende Italiener. Am 8. März wurde erstmals die Marke von mehr als 100 aktiven Covid-19-Fällen erreicht; am 16. März waren es bereits mehr als 1000 registrierte Fälle.¹ Laut der Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) gab es in Österreich bis Mai 15.700 bekannte Covid-19-Fälle in 169 Clustern, wobei nach dem 23. März 2020 kein aus dem Ausland importierter Fall mehr bekannt wurde.

Die lokalen Gesundheitsbehörden versuchten, in detektivischer Kleinarbeit Cluster zu identifizieren und befragten Infizierte nach positiver Testung zu ihrem Alltag und zu den Kontakten in den zwei Wochen davor.

Drei dieser Cluster waren für mehr als 1000 der 3822 damals neu aufgearbeiteten Infektionsfälle verantwortlich; dazu zählten jene Transmissionsketten, die in Tiroler Wintersportorten wie Ischgl und St. Anton ihren Ausgang nahmen. Von dort wurden die Infektionen in viele andere Orte verteilt, wo sich Familienmitglieder ansteckten. 20 Cluster mit 370 Erkrankten ließen sich auf Chor- und Musikvereine oder den Besuch von Fitnessstudios zurückführen. Kein einziger Cluster konnte dagegen Schulen – auch durch Schulschließungen – zugeordnet werden. Kein einziges Mal war ein Kind Teil der

Infektionskette.² Auch im Bereich des öffentlichen Verkehrs und in Geschäften waren keine Ansteckungen nachgewiesen worden. Flüchtige Begegnungen würden, so die AGES, für eine Übertragung des Virus nicht ausreichen. Allerdings sind solche Ansteckungen auch schwer aufzuspüren. In 35,5 Prozent der Fälle verbreitete sich Sars-CoV-2 im Setting Senioren- oder Pflegeheim (Heimbewohner, Pflegepersonal, Folgeerkrankungen im Haushalt der Primärerkrankten). Bei der Ausbreitung von Covid-19 mit Basisreproduktionszahl R-Null von 1,57 (eine infizierte Person steckt im Schnitt 1,57 andere an) wäre es laut AGES ohne „Schutzschilde“ zu 50.000 Toten gekommen.³

Die Abteilung für Infektionsepidemiologie der AGES richtete ein elektronisches Meldesystem für Infektionen mit dem neuen Coronavirus ein, um alle Daten über Erkrankungen in Österreich zusammenzuführen. In Wien kamen jeden Montag im Rahmen des Staatlichen Krisen- und Katastrophenschutzmanagements (SKKM) Vertreter der relevanten Bundesministerien im Bundesministerium für Inneres zusammen, um aktuelle Entwicklungen zu erörtern. Jeden Dienstag-Vormittag tagte der Krisenstab im Gesundheitsministerium, und jeden Donnerstag gab es eine Telefonkonferenz mit den Landessanitätsbehörden.⁴

Die Republik Österreich erwies sich im europäischen Vergleich als auf die Bewältigung der Gesundheitskrise rund um die Ausbreitung des Sars-CoV-2 gut vorbereitet. „Wir sind im ständigen Austausch mit der WHO in Genf und der europäischen Gesundheitskontrollbehörde ECDC in Stockholm“, sagte Bernhard Benka, Leiter der Abteilung für übertragbare Erkrankungen, Krisenmanagement und Seuchenbekämpfung im Gesundheitsministerium.

Schon 2006 waren zahlreiche Abläufe für den Fall einer Ausbreitung eines neuen Krankheitserregers über Länder- und auch Kontinentengrenzen hinweg in den „Influenza-Pandemieplänen“ des Bundes und der Bundesländer festgeschrieben worden – von der Organisation der medizinischen Betreuung zu Hause über die Abläufe bei den Rettungsorganisationen bis hin zur Spitalsversorgung. Anlass dafür war die Sorge vor dem Auftreten neuer, aggressiver Influenzaviren, ausgelöst durch die Beobachtung, dass in Südostasien Übertragungen von H5N1-Vogelinfluenzaviren von Geflügel auf Menschen erfolgten. Befürchtet wurde eine Mutation des Virus, die eine leichte Übertragung von Mensch zu Mensch ermöglicht hätte – bis dato war das ein absoluter Ausnahmefall in der Volksrepublik China gewesen.

In Österreich legen Pandemiepläne den Handlungsbedarf fest mit eindeutig definierten Kompetenzen für Bund und

² Ebenda.

³ Ebenda.

⁴ Dies und die folgenden Angaben nach Ernst Mauritz, So schützt sich Österreich, in: Kuratorium Sicheres Österreich (Hrsg.), Fakten. Sicherheit. Analyse. Konsequenzen. Perspektiven, Nr. 34, Februar 2020, S. 6.

¹ Klaus Tschwer, Wie sich Covid-19 in Österreich ausbreitete, in: *Der Standard*, 08.05.2020, S. 2.

Länder. Zudem bildet das Epidemiegesetz die rechtliche Grundlage für viele Maßnahmen. So können erkrankte, krankheits- und ansteckungsverdächtige Personen angehalten oder im Verkehr mit der Außenwelt eingeschränkt werden. Ebenso können für Bewohner von Epidemiegebieten sowie für den Verkehr mit Bewohnern derartiger Gebiete Verkehrseinschränkungen verfügt oder Schulen und Kindergärten geschlossen werden. Ebenso können Bewohner von Ortschaften, in denen eine anzeigepflichtige Krankheit aufgetreten ist, u.a. vom Besuch von Lehranstalten oder Kindergärten ausgeschlossen werden. Veranstaltungen, an denen größere Teilnehmerzahlen erwartet werden, können untersagt werden. Für Österreich gilt laut Benka: „Nach dem Nachweis der ersten Infektionen in Österreich ist sichergestellt, dass alles unternommen wird, um die Folgen für die Bevölkerung möglichst gering zu halten.“⁵

Als problematisch erwies es sich allerdings, dass diese Pandemiepläne nicht laufend adaptiert wurden. So sparte man im Bundesheer 2009 aus betriebswirtschaftlichen Überlegungen und nach entsprechender Kritik des Rechnungshofes Fähigkeiten im Sanitätsbereich ein.⁶

Krankheiten – woran Menschen in Österreich sterben

Zwischen Februar, als erstmals in Österreich nachgewiesen wurde, und 22. Mai 2020 starben in Österreich knapp 20.000 Menschen. Die häufigsten Todesursachen in Österreich während dieses Zeitraumes waren:⁷

Krankheiten	Todesfälle
Herzerkrankungen	7572
Tumore	4872
Erkrankungen der Atmungsorgane	1176
Diabetes etc.	924
Alzheimer, Parkinson etc.	756
Unbekannt	744
Psychische Erkrankungen / Folgen	720
Krankheiten der Verdauungsorgane	660
Coronavirus / Covid-19	629
Unfälle (ohne Verkehrsunfälle)	492
Nieren-/Harnleitererkrankungen	408
Suizid	276
AIDS, Tuberkulose, Hepatitis etc.	216

⁵ Ebenda.

⁶ Krisenvorsorge: Warum das Heer jetzt nicht helfen kann, in: *Addendum*, 20.03.2020 (<https://www.addendum.org/coronavirus/krisenvorsorge-bundesheer/>).

⁷ Quelle: Statistik Austria, in: *Salzburger Nachrichten*, Woran wir sterben, Wochenendbeilage, 23.05.2020, S. 3.

Verkehrsunfälle	96
Krankheiten an Skelett / Haut	96
Angeborene Anomalien	96
Influenza	72
Krankheiten des Blutes	60
Mord	12

Covid-19 war damit lediglich für 629 von fast 20.000 Todesfällen verantwortlich.

Der „Fall Ischgl“ und dessen Auswirkungen auf das Krisenmanagement

Großes Aufsehen erregte zu Beginn der Krise der „Fall Ischgl“. Der Tiroler Wintersportort galt aus deutscher Sicht als „eine Marke wie Ibiza, Sylt oder das Oktoberfest“ – Millionen Touristen kommen hier jedes Jahr zusammen.⁸ Im Gefolge des regen Après-Ski-Treibens erfolgten in Ischgl offenbar zahlreiche Ansteckungen mit Sars-CoV-2. Das Robert-Koch-Institut in Berlin zählte bis Ende April 9767 deutsche Covid-19-Infizierte, die sich in Österreich (nicht nur in Ischgl) angesteckt haben dürften, wobei Ischgl als der wahrscheinliche Expositionsort galt.⁹ Dementsprechend nannte das Robert-Koch-Institut im März 2020 Tirol als eines der zehn höchsten Risikogebiete weltweit bei der Ausbreitung von Sars-CoV-2, gemeinsam mit Wuhan, Norditalien und dem Iran.

Ob und wo in Ischgl beim Ausbruch der Coronakrise Fehler passiert sind, und ob wirtschaftliche Interessen jenen des Gesundheitsschutzes entgegenstanden, wird noch zu klären sein.¹⁰ Die Klubchefin der österreichischen Grünen, Sigrid Maurer, selbst Tirolerin, meinte dazu:

„Da ist eindeutig etwas schiefgelaufen. Und das ist wahrscheinlich untertrieben. Es wird jetzt zur Untersuchung eine unabhängige Expertenkommission dazu eingesetzt. Grundsätzlich halte ich es mit Gesundheitsminister Anschöber: Es ist eine noch nie dagewesene Krise. Es sind sicher schon Fehler passiert, es werden auch noch welche passieren. Das Wichtigste bei einer Krise ist, dass Entscheidungen gefällt werden. Wenn wir sie überstanden haben, werden wir alles evaluieren.“¹¹

Zur Genese des „Falls Ischgl“: In der Bar „Kitzloch“ in Ischgl wurde ein 36-jähriger deutscher Barkeeper am Abend des 7. März 2020 auf Sars-CoV-2 getestet. Daraufhin wurden sofort 22 Personen, die zu den engen Kontaktpersonen des Mannes zählten, isoliert und unter Quarantäne gestellt. Für andere Besucher wurde daraus

⁸ Jürgen Dahlkamp, Hauke Goos, Roman Höfner et al., „Home of Wahnsinn“, in: *Der Spiegel*, Nr. 14, 28.03.2020, S. 58-62, S. 58.

⁹ Gerhard Hofer und Oliver Pink, Hoffen auf österreichische Gäste, in: *Die Presse*, 25.04.2020, S. 1.

¹⁰ Sam Jones, Tyrol ski resort becomes hot bed of infection, in: *Financial Times Weekend*, 21./22.03.2020, S. 2.

¹¹ Iris Bonavida, „Man hätte früher agieren sollen“, Interview mit Klubchefin der Grünen, Sigrid Maurer, in: *Die Presse*, 25.03.2020, S. 4.

allerdings zunächst noch keine Gefahr abgeleitet und die Bar nicht geschlossen: „Eine Übertragung des Coronavirus auf Gäste der Bar ist aus medizinischer Sicht eher unwahrscheinlich“, argumentierte Anita Luckner-Hornischer von der Landessanitätsdirektion in einer Aussendung des Landes Tirol am 8. März.¹² Allerdings zeigten mehrere Besucher der Bar damals bereits Symptome dieses neuen Coronavirus. Erst am 10. März, zwei Tage nach dem Bekanntwerden des ersten Falles, wurden die Bar sowie alle Après-Ski-Lokale geschlossen, am 12. März das gesamte Schigebiet in und um Ischgl. Alle Hotels und Lifte standen still.

Allerdings galt der Ort im Ausland schon seit 5. März als Risikogebiet: mit diesem Datum hatte Island alle Reisenden, die nach dem 29. Februar aus Ischgl zurückkamen, unter Quarantäne gestellt. Auch andere skandinavische Länder erklärten Tirol als Risikogebiet: „Wir haben mit Stand Donnerstag [12. März] 139 positiv getestete Fälle, die direkt mit Reisen aus Österreich in Verbindung stehen. Die Mehrheit davon betrifft Ischgl“, so Michael Madsen vom Statens Serum Institut, das in Dänemark die Zahl der Infizierten dokumentiert. Norwegen wies am 14. März 459 (von 907 Fällen) erkrankte Österreicherurlauber auf, in Schweden brachten 137 von 775 Urlaubern die Erkrankung aus Österreich mit. Am 8. März war eine isländische Reisegruppe nach ihrer Heimreise auf Sars-CoV-2 getestet worden. Im Flugzeug (Flug FI 533) über München nach Reykjavik hatte sich laut der isländischen Fluggesellschaft Icelandair ein infizierter Italiener befunden; daher ging man auf landespolitischer Ebene in Tirol davon aus, dass sich die Gruppe im Flugzeug und nicht in Ischgl angesteckt hatte.

Man reagierte hier erst mit mehreren Tagen Verzögerung. Ab Mitte März durften jene Österreicher, die in Ischgl ihren Urlaub verbrachten, dieses Gebiet nicht verlassen. Ausländische Touristen, die zuvor einen Sonderpass beantragt hatten, durften das Panzaantal verlassen und in ihre Heimatländer abreisen.¹³ Die Ansicht von Tirols Gesundheitslandesrat Bernhard Tilg, dass die Behörden „alles richtig gemacht“ hatten, blieb nicht unwidersprochen: „Aber die Aussage von Tilg, es wäre alles richtig gelaufen, muss wohl deutlich in Zweifel gezogen werden. Möglicherweise wurde in den Tourismusbetrieben grob fahrlässig gehandelt. Aber das wird nun aufgeklärt“, so die Klubchefin der österreichischen Grünen, Sigrid Maurer.¹⁴ Die Vorfälle in Ischgl und standen am Beginn der österreichweiten Quarantäne-Maßnahmen aus. Allerdings war für Ischgl – und damit für Tirol und im weiteren Sinne für Österreich insgesamt – in Verbindung mit Sars-CoV-2 ein massiver

Imageschaden eingetreten, vor allem in Deutschland, Großbritannien und in den skandinavischen Ländern.

In Kärnten wurde am Morgen des 14. März der Tourismusort Heiligenblut an der Glocknerstraße unter Quarantäne gestellt, Bürgermeister Josef Schachner wurde über diesen Schritt erst danach – jedoch am selben Tag – informiert. Am Abend des 17. März wurden – nach Ischgl – auch Sölden im Ötztal und St. Christoph am Arlberg wegen Corona-Infektionen unter Quarantäne gestellt, und am Abend des 18. März weitete der Tiroler Landeshauptmann Günther Platter die Quarantäne auf alle 279 Gemeinden des Bundeslandes aus. Die Heimatgemeinde durfte nur verlassen werden, wenn es um die Deckung der Grundversorgung ging, um die Daseinsvorsorge sicherzustellen oder um zur Arbeit zu kommen. In Kärnten wurde die Goiginger-Kaserne in Bleiburg wegen Verdachtsfällen geschlossen. In Salzburg wurden das Gasteiner Tal und das Großarler Tal sowie die Gemeinde Flachau im Pongau ab 18. März komplett unter Quarantäne gestellt, nachdem in Bad Hofgastein der Apotheker und vier seiner Mitarbeiter positiv auf Sars-CoV-2 getestet worden waren.¹⁵ Wie in anderen europäischen Ländern waren auch in Österreich zahlreiche Personen aus dem Gesundheitsbereich von diesem neuen Coronavirus betroffen. Eine Ärztin des Universitätsklinikums in Tulln wurde ebenso positiv auf Sars-CoV-2 getestet – mit ihr wurden am 18. März 70 Mitarbeiter des Hauses außer Dienst gestellt und die Gynäkologie, die Geburtshilfe, die Kinderabteilung und die Neoantologie vorübergehend geschlossen.¹⁶

Im Juni stellte die Medizinische Universität Innsbruck eine Forschungsarbeit über die Coronakrise in Ischgl vor – eine umfassende „Leuchtturmstudie“, so der Rektor der Medizinischen Fakultät in Innsbruck, Wolfgang Fleischhacker. Erstmals sei demnach eine von Sars-CoV-2 stark betroffene Gemeinde fast zur Gänze untersucht worden – unter besonderen Bedingungen, stand Ischgl doch zum Zeitpunkt dieses Forschungsprojektes noch unter Quarantäne. 79 Prozent der Bewohner von Ischgl (1473 Probanden – 1259 Erwachsene und 214 Kinder aus 479 Haushalten) nahmen an dieser Projektstudie zwischen 21. und 27. April 2020 teil.¹⁷

Durch ein dreistufiges Verfahren lag die Spezifität der Tests bei 100 Prozent; damit wären, so die Studienleiterin, Dorothee von Laer vom Institut für Virologie, „falsch positive Ergebnisse“ ausgeschlossen. Laut dieser Projektstudie wurde in Ischgl der höchste Anteil von Menschen mit Antikörpern festgestellt, der bisher in einer

¹² Dies und die folgenden Angaben nach Eva Winroither, Ischgl: Reagierten die Behörden zu spät?, in: *Die Presse am Sonntag*, 15.03.2020, S. 6.

¹³ Sam Jones, Tyrol ski resort becomes hot bed of infection, in: *Financial Times Weekend*, 21./22.03.2020, S. 2.

¹⁴ Iris Bonavida, „Man hätte früher agieren sollen“, Interview mit Klubchefin der Grünen, Sigrid Maurer, in: *Die Presse*, 25.03.2020, S. 4.

¹⁵ Die Presse, Tirol stellt alle Gemeinden unter Quarantäne, in: *Die Presse*, 19.03.2020, S. 3.

¹⁶ Ebenda.

¹⁷ Die Presse, Ischgl, Hotspot der Antikörper, in: *Die Presse*, 26.06.2020, S. 11.

Studie nachgewiesen wurde.¹⁸ Demzufolge dürften 42,4 Prozent der Bevölkerung von Ischgl eine Infektion mit Sars-CoV-2 durchgemacht haben. Nur 15 Prozent der de facto Infizierten waren zuvor bei PCR-Tests¹⁹ positiv getestet worden. Der Anteil der seropositiv (Antikörper gegen Sars-CoV-2) Getesteten liege damit, so diese Studie, etwa sechsmal höher als die Zahl der zuvor mittels PCR-Test positiv Getesteten. Die Rate der offiziell gemeldeten Fälle betrage demzufolge nur 15 Prozent, 85 Prozent hatten also nichts von ihrer Infektion gewusst. Laut Befragung hatte zwar die Hälfte entsprechende Symptome gehabt – diese waren jedoch vielfach derart mild, sodass sie als Schnupfen abgetan wurden.

Allerdings: Trotz der hohen Seroprävalenz könne selbst in Ischgl nicht von einer „Herdenimmunität“ ausgegangen werden, dafür müssten 60 bis 70 Prozent der Bevölkerung der Bevölkerung antikörperpositiv sein. Eine dauerhafte Immunität ist laut dieser Studie nicht erwiesen, dennoch dürfte die Einwohnerschaft von Ischgl zu einem Gutteil gegen Sars-CoV-2 geschützt sein, so Dorothee von Laer. In Ischgl starben zwei Menschen mit oder an dem neuen Coronavirus. Neun Patienten mussten im Krankenhaus versorgt werden, einer davon auf der Intensivstation. Die Fallsterblichkeit des Coronavirus lag damit in Ischgl bei 0,26 Prozent.

Grenzschießungen und die Rückholung von Österreichern aus dem Ausland

Am 16. März nahm die deutsche Bundespolizei zur Eindämmung der Corona-Pandemie Grenzkontrollen zu Österreich auf. Einreisen durften nur noch deutsche Staatsbürger sowie Menschen mit einem Wohnsitz oder Arbeitsplatz in Deutschland. Dies bereitete in Österreich vor allem für Berufspendler in Zusammenhang mit dem sogenannten „kleinen deutschen Eck“ Probleme.

In der Folge kam es in Europa zu Grenzschießungen, die zeitweise auch den Warenverkehr und damit dringende medizinische Lieferungen behinderten. Überhaupt herrschte im März und April, als man überall auf der Suche nach Medizin- und Hygieneprodukten war, wegen der Lieferengpässe fast so etwas wie eine „Raubritterstimmung“ zwischen manchen Ländern. Vor

allem spezielle Atemschutzmasken waren auf dem Weltmarkt stark nachgefragt. Immer wieder blieben Lieferungen an den Grenzen hängen – oder wurden – wie im Fall Österreich – von Deutschland einfach an der Grenze gestoppt und längere Zeit angehalten. Die Glaubwürdigkeit der EU als Institution sowie des „europäischen Projekts“ wurden dadurch massiv beschädigt.

Die Meldungen über Grenzschießungen überlagerten vielfach positive Nachrichten. So bemühte sich die EU in mehreren Fällen, Transporte von Schutzausrüstungen zwischen einzelnen Ländern zu vermitteln. Und Österreich bewies „europäische Solidarität“, als drei schwer an Covid-19 erkrankte Personen aus dem schwer von der Coronavirus-Pandemie getroffenen Frankreich zur Behandlung nach Salzburg gebracht wurden – Frankreich hatte Österreich um Aufnahme von Corona-Intensivpatienten ersucht. Bereits davor hatte das Land Tirol fünf Intensivpatienten aus Südtirol aufgenommen.²⁰

In dieser Zeit gelang es dem Roten Kreuz – im Auftrag der Bundesregierung – Tausende Tonnen an Schutzausrüstung aus der Volksrepublik China, Malaysia, aus Taiwan und Südkorea nach Österreich zu bringen; die Transporte erfolgten teilweise durch Sonderflüge der Austrian Airlines, deren Maschinen ja durch die Einstellung des Linienverkehrs ohnedies verfügbar waren. Derartige Flüge gingen nach Wien, Graz und Linz. Gesichtsmasken und andere Schutzausrüstung wurden über Österreich auch nach Südtirol gebracht, teilweise unter Mitwirkung des Bundesheeres.

Angesichts der geschlossenen Grenzen und der Tatsache, dass ab Mitte März die meisten Linienflüge gestrichen wurden, stellte die Heimholung von Österreichern, die – beruflich oder wegen Urlaubs – im Ausland weilten, die Bundesregierung von besondere Herausforderungen. Insgesamt wurden bis Ende März 5900 Österreicherinnen und Österreicher mit 32 „Notflügen“ nach Hause zurückgeflogen. Rund 23.500 (von insgesamt 47.000) österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger blieben zu diesem Zeitpunkt noch immer in mehr als 100 Ländern der Welt verstreut. Seit 19. März hoben von Wien aus Flugzeuge der Austrian Airlines, Laudamotion und Level nur noch ab, um österreichische Touristen nach Wien zurückzubringen. Organisiert wurden diese „Repatriierungsflüge“ vom Außenministerium. Dabei ging es um Rückholungen von Staatsbürgern aus Ägypten, Australien, der Dominikanischen Republik, Kuba, den Malediven, Marokko, Mauritius, Mexiko, Neuseeland, Peru, Südafrika, Tunesien und den USA. Diese Flüge waren nicht kostenlos; die Ticketpreise für

¹⁸ Die Presse, Ischgl, Hotspot der Antikörper, in: *Die Presse*, 26.06.2020, S. 11.

¹⁹ PCR (Polymerase-Kettenreaktion; auf Englisch: *polymerase chain reaction*). Derartige Tests finden nach folgendem Muster statt: Ein Arzt nimmt eine Probe aus den Atemwegen entweder als einen Abstrich oder aus einem ausgehusteten Schleim. Spezialisten bereiten diese Probe im Labor auf und suchen mit einem sogenannten PCR-Test nach dem Erbmateriale des Virus. Dabei wird ein bestimmter Abschnitt des Viren-Erbguts millionenfach kopiert. Die Kopien werden mit einer sogenannten Sonde farblich markiert. Diese Farbmarkierung kann mit komplexen Geräten sichtbar gemacht werden. Sind entsprechende Farbsignale vorhanden, handelt es sich um eine „positive Probe“. Aus: Focus, Suche nach Sars-CoV-2: Coronatests im Überblick: So funktionieren PCR-, Antigen- und Antikörpertests, 30.03.2020 21:10, <https://www.focus.de/gesundheit/ratgeber/suche-nach-sars-cov2-coronatests-im-ueberblick-so-funktionieren-pcr-antigen-und-antikoeperperts-11828025.htm> (abgerufen am 27.06.2020).

²⁰ Österreich nimmt Corona-Patienten aus Frankreich auf, in: *Die Presse*, 01.04.2020, 09:25 Uhr, <https://www.diepresse.com/5793896/osterreich-nimmt-corona-patienten-aus-frankreich-auf> (abgerufen am 20.07.2020).

lagen pro Passagier zwischen 200 Euro (Marokko) und 1000 Euro (Sydney/Australien).²¹

Erst nach Ostern (12. April) kam es im Grenzverkehr schrittweise zu Lockerungen. Am 22. April wurde das „kleine deutsche Eck“ für Berufspendler wieder geöffnet, zwei Tage später der Grenzübergang zwischen Deutschland und Österreich aus beruflichen Gründen für Selbständige, aus medizinischen Gründen (Arzttermine) sowie für den Warenverkehr erlaubt.²² Für alle übrigen Personen galten weiter Beschränkungen und Kontrollen; diese sollten ursprünglich mit 16. Juni enden, doch erhielt die deutsche Bundespolizei schon am 12. Juni die Weisung, die Tätigkeit an den Übergängen mit sofortiger Wirkung einzustellen. Das bedeutete wieder freie Fahrt nach Deutschland für Bürger aus dem Schengen-Raum. In ähnlicher Weise wurden die Reisebeschränkungen zu den übrigen europäischen Staaten schrittweise reduziert, nach einem verstärkten Auftreten von Infektionen in Südosteuropa allerdings wieder teilweise neue Reisewarnungen erlassen. Zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Überblicks (20. Juli 2020) gelten laut der Homepage des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA) Reisewarnungen für Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien, Portugal, die Republik Moldau, Rumänien, Russland, Schweden, Serbien, die Türkei, die Ukraine und das Vereinigte Königreich, außerdem für zahlreiche außereuropäische Staaten.²³

Die Reaktion der österreichischen Bundesregierung auf die Coronakrise

„Heute ist es soweit“ – mit diesen Worten stimmte Bundeskanzler Sebastian Kurz am Dienstag, dem 10. März 2020, die Österreicher auf die recht drastischen Maßnahmen ein, zu denen die Bundesregierung im Kampf gegen die Ausbreitung von Sars-CoV-2 griff. Am Nachmittag des 10. März gab es in Österreich 183 bestätigte Fälle von an Sars-CoV-2 Erkrankten: „Doch die Zuwachsraten sind enorm, nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa“, so Kurz.²⁴ Weltweit wurden die Sars-CoV-2-Infektionszahlen je 100.000 Einwohner seit 17. Februar 2020 mit Stand 10. März 2020 wie folgt angegeben: Italien: 15,2; Südkorea: 14,7; Iran: 8,6; Volksrepublik

China: 5,6; Schweiz: 4,4; Österreich: 1,8; Deutschland: 1,5.²⁵

Die ab 11. März eingeleiteten Maßnahmen in Österreich sollten vorerst bis 3. April gelten. Verboten wurden Veranstaltungen im Freien mit mehr als 500 Teilnehmern bzw. mit mehr als 100 in Innenräumen (Theater, Sport etc.). Wenig später wurden alle Veranstaltungen, ja selbst Familientreffen, Hochzeiten und Begräbnisse verboten oder auf geringe Teilnehmerzahlen beschränkt. Innerhalb weniger Tage mussten Geschäfte (mit Ausnahme von Apotheken, Lebensmittelgeschäften und ähnlichen Versorgern für den täglichen Bedarf) geschlossen werden; zahlreiche Unternehmen stellten – soweit möglich – auf Heimarbeit um.

Die Strafandrohungen waren beachtlich: Wer weiß, dass er das Sars-CoV-2 in sich trägt, aber Handlungen setzt, mit denen er andere Menschen anstecken kann, konnte mit bis zu drei Jahren Haft bei Vorsatz bzw. bis zu einem Jahr Haft (oder einer Geldstrafe von 720 Tagessätzen) bei fahrlässigem Handeln bestraft werden. Mit 3. April war auch klar, wer unter die Gruppe der „Gefährdeten“ fiel, die notfalls von der Arbeit freizustellen waren: es handelte sich um Personen mit „einer drastischen Verringerung des Immunabwehrsystems“ (Krebserkrankung, schwere Diabetes), wie Gesundheitsminister Anchober erklärte.²⁶

Mit 16. März gab es keinen Unterricht an Universitäten mehr; die Schulen und Kindergärten folgten wenig später. Universitäten und Schulen stellten damit auf Fernlehre um. War dies bei höheren Schulen und Universitäten grundsätzlich möglich, so stellte sich im Schulwesen die Frage der Betreuung: „Sie werden nicht monatelang die Schulen schließen können“, so Bundeskanzler Kurz; er appellierte gleichzeitig, das private Sozialleben weitestgehend einzuschränken.²⁷ „Wir müssen für ein paar Monate unser Leben verändern“, sagte Gesundheitsminister Rudolf Anchober.²⁸

Die von der Bundesregierung kommunizierte Botschaft lautete: „Halt durch und schau auf dich. Wasch die Hände“ bzw. „Schau auf dich, schau auf mich“ oder „Schau auf dich, bleib zu Hause. Besonders, wenn du über 65 bist.“²⁹ Bundeskanzler Sebastian Kurz stellte die Bevölkerung auf die kommende Krise ein:

- „So stark die Umstellung ist, es ist das einzig Richtige, was man in der Zeit tun kann. Jeder soziale Kontakt ist ein Risiko, nicht nur für einen selbst, sondern vor allem auch für die Menschen, die einem wichtig sind, die einem am Herzen

²¹ 5900 Passagiere wieder in Österreich, in: *Kurier*, 29.03.2020, S. 4.

²² Die Presse, Lockerungen am „kleinen deutschen Eck“, in: *Die Presse*, 24.04.2020, S. 11.

²³ Salzburger Nachrichten, Grenzkontrollen endeten früher, in: *Salzburger Nachrichten*, Aus Stadt und Land, 13.06.2020, S. 9. Zum aktuellen Stand vgl. <https://www.bmeia.gv.at/reise-aufenthalt/reisewarnungen/>.

²⁴ Philipp Aichinger, Wie das Virus das Leben verändert, in: *Die Presse*, 11.03.2020, S. 1.

²⁵ Dies und die folgenden Angaben dazu.

²⁶ Norbert Rief, Staat schießt bis zu 90 Millionen Euro zu, in: *Die Presse*, 04.04.2020, S. 17.

²⁷ Philipp Aichinger, Wie das Virus das Leben verändert, in: *Die Presse*, 11.03.2020, S. 1.

²⁸ Ebenda.

²⁹ So von der Bundesregierung auch in unterschiedlichen Tageszeitungen veröffentlicht, wie z.B. in der *Presse am Sonntag*, 15.03.2020.

liegen. Für die eigene Familie, und da ganz besonders für die Eltern und Großelterngeneration.“

- *„Bei es gibt noch immer Menschen, die das Ausmaß der Gefahr, die uns hier bevorsteht, nicht erkannt haben. Das Virus wird Krankheit, Leid und Tod für viele Menschen in unserem Land bedeuten.“*
- *„Wir müssen Österreich ab Montag (Anmerkung: 16. März) gut vorbereitet auf Notbetrieb hinunterfahren. Nur so gibt es eine Chance, die Ausbreitung zumindest zu verzögern.“*
- *„Jeder muss jetzt schon alle sozialen Kontakte, die vermeidbar sind, auf ein Minimum reduzieren.“*
- *„Alle Menschen in unserem Land sind ein Team. Jeder in dem Team muss seinen Beitrag leisten.“*
- Der Notbetrieb sei *„nicht auf Dauer, aber für einige Wochen, damit wir nach Ostern (Anmerkung: ab 14. April) wirtschaftlich, aber auch gesellschaftlich und sozial wieder aufstehen können.“*
- Das bedeutete bis dahin: *„Bleiben Sie zu Hause. Es gibt nur drei Gründe, hinauszugehen: Erstens die Arbeit oder der unaufschiebbare Dienst. Zweitens notwendige Besorgungen. Drittens, andere Menschen zu unterstützen, die sich nicht selbst helfen können. Darüber hinaus gibt es keinen Grund, das Haus zu verlassen.“* Wohl aber betonte der Bundeskanzler im gleichen Atemzug die Möglichkeit, zur Erholung und zum Sport die Wohnung zu verlassen – aber eben nur allein oder in Begleitung von Personen, die im selben Haushalt lebten.
- *„Geben Sie niemandem die Hand, halten Sie Abstand und bleiben Sie auf Distanz. Nicht, weil wir unsere Mitmenschen nicht gern haben, sondern gerade weil wir sie gern haben.“*
- *„Je früher man drastische Maßnahmen setzt, desto besser ist es. Wir sind sicherlich unter den drei Ländern in Europa, die am allerschnellsten reagieren.“³⁰*

Das erste gesetzliche Maßnahmenpaket wurde am 14. und 15. März im Nationalrat beschlossen, es trat am 16. März in Kraft. Am Samstag, den 14. März, um 17.00 Uhr trat der Nationalrat zusammen, um hintereinander zwei Sitzungen (für Einbringung und Zuweisung) abzuhalten, danach tagte der Budgetausschuss. Am Sonntag, den 15. März, beschloss am Vormittag während einer Sondersitzung der Nationalrat die Gesetze. Um 13.30 Uhr war dann der Bundesrat an der Reihe. *„Das ist ein historischer Moment. Das gab es noch nie in dieser Form“*, so Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka. Nur im Oktober 1931 hatte das Parlament schon einmal an einem

Samstag getagt, jedoch nicht geblockt, damals mit dem Ziel der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.³¹

Kinder im Kindergarten sowie Schüler der Volksschule, der Neuen Mittelschule sowie der Unterstufe der Allgemeinbildenden Höheren Schulen sollten ab 18. März zu Hause bleiben und dort betreut werden; im Fall einer Nichtbetreuung bestand die Möglichkeit, dass diese Kinder auch im Kindergarten oder in der Schule betreut werden. Ab der 9. Schulstufe (AHS Oberstufe, Berufsbildende Höhere und Mittlere Schulen, Berufsschulen, Polytechnische Schulen) wurde der Unterricht ab Montag, 16. März, vorübergehend ausgesetzt oder auf Fernlehre umgestellt. Die Lehrer blieben mit den Schülern über digitale Kanäle in Verbindung und stellten laufend Übungsmaterialien zur Verfügung.³²

Im Auftrag des Gesundheitsministeriums wurden am 28. und 30. März insgesamt 1200 Stichproben in Pflegeheimen, Krankenhäusern und Supermärkten durchgeführt. In vier Pflegeheimen wurden 365 Proben genommen, wovon drei positiv waren (0,8 Prozent). In drei Krankenhäusern wurden 444 Proben genommen – auch hier waren nur drei positiv (0,7 Prozent). In mehreren Supermärkten wurden bis Ende März 352 Proben unter den Angestellten genommen – keine einzige war positiv.³³ In Österreich gab es deshalb aber noch keine Entwarnung. Die Maßnahmen sollten vorerst bis Ostern (Ostersonntag war der 12. April) gelten.

Gesundheitsminister Rudolf Anschober sah Anfang April zwar ein *„Licht am Ende des Tunnels“*, so war die tägliche Zuwachsrate bei den Infektionen mit 5,7 Prozent ein *„gutes Signal“* und hatte sich der Anstieg *„etwas abgedämpft“*. Gleichzeitig warnte Anschober, man sei *„weit davon entfernt, dass wir unser Ziel erreicht haben“*. Statistisch gesehen hatten sich damals die Infektionen alle acht Tage verdoppelt: *„Wir müssen bei 14 Tagen ankommen, dann haben wir Stabilität“*, so Anschober. Die schweren Erkrankungen dürften also nicht stark zunehmen, um das Spitalswesen nicht zu überlasten – hier zeigten die schrecklichen Bilder aus der Lombardei deutliche Wirkung. Laut Anschober reichten die Laborkapazitäten in Österreich damals aus, um pro Tag 20.000 Tests durchzuführen. Allerdings gab es bei den dafür benötigten Reagenzien, den sogenannten Kits, weltweit Engpässe. Nur noch 42.000 Kits waren damals in Österreich vorhanden, es bedurfte eines enormen Nachschubs auf dem extrem engen Markt. Zusätzlich kamen, so Anschober, verstärkt Schnelltests zur Bestimmung von Antikörpern gegen Sars-CoV-2 im Blut zum Einsatz. Davon erhoffte man sich im

³⁰ Martin Fritzl, „Krankheit, Leid und Tod für viele“, Interview mit Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz, in: *Die Presse am Sonntag*, 15.03.2020, S. 4.

³¹ Krisengesetze werden im Blitztempo beschlossen, in: *Die Presse am Sonntag*, 15.03.2020, S. 4.

³² Eva Winroither, Ischgl: Reagierten die Behörden zu spät?, in: *Die Presse am Sonntag*, 15.03.2020, S. 6.

³³ Dies und die folgenden Angaben nach: Rudolf Mitlöhner, Erstmals Rede von „Licht am Ende des Tunnels“, in: *Kurier*, 03.04.2020, S. 4.

Gesundheitsministerium vor allem Aufschlüsse über die Dunkelziffer an Sars-CoV-2-Infektionen, über die es wilde Spekulationen gab. Bernhard Benka, Mitglied der „Coronavirus-Taskforce“ im Gesundheitsministerium, meinte, sie liege „sicher nicht“ bei mehreren 10.000. Schnelltests wurden flächendeckend zur Testung von größeren Personengruppen – auch im Pflegebereich – eingesetzt.

In Österreich galt es, so Anschöber Ende März, als Strategie gegen die Ausbreitung des neuen Coronavirus, den Replikationsfaktor auf einen Wert unter Eins zu bringen – jeder Infizierte sollte weniger als eine Person anstecken. Dann, so Anschöber, sterbe diese Krankheit aus.³⁴ Liege der Replikationsfaktor hingegen längerfristig über Eins, so sagten die Rechenmodelle laut dem Expertenrat der Bundesregierung für Österreich etwa 100.000 Tote voraus. Eine Herdenimmunität hätte sehr lange gedauert – mehr als zwölf Monate, so die Wissenschaftler. Zudem lauerte die Gefahr, dass sich ein Teil der Genesenen nach einem Jahr erneut anstecken könnte.³⁵

Die Durchhaltezeit bis Ostern

Bundeskanzler Sebastian Kurz erklärte am 25. März, dass die Bundesregierung als eines der wichtigsten Ziele zur Bewältigung der Coronakrise umfangreiche Testungen in der Bevölkerung anstrebe: „*Testen, testen, testen! Je mehr wir testen, umso besser*“. Kurz peilte 15.000 Tests pro Tag an. Bluttests mit dem Ziel, herauszufinden, wie viele Menschen sich unbemerkt mit Sars-CoV-2 angesteckt haben, sollten in Österreich jedoch auf absehbare Zeit nicht großflächig zum Einsatz kommen. Denn anders als bei den Speicheltests mittels PCR-Verfahren, mit denen nur eine akute Erkrankung nachgewiesen wird, messen serologische Tests die Antikörper im Blut, die als Reaktion auf eine Infektion gebildet werden und monate-, vielleicht sogar jahrelang nachweisbar sind.³⁶ Der großflächige Einsatz dieser Tests galt insofern als einer der wichtigen Schritte in Richtung Normalität im Alltag, als damit ermittelt werden kann, wie viele Menschen immun sind und somit nicht mehr isoliert werden müssen. Insbesondere in Bereichen wie dem Handel mit viel Kundenkontakt, auf Flughäfen oder in Spitälern sowie Pflegeheimen wären detaillierte Informationen über den Immunstatus der dort tätigen Personen von enormer Bedeutung. Was auch der Grund dafür war, dass Gesundheitsminister Rudolf Anschöber Anfang April das „große Ausrollen“ von Antikörpertests „in zwei bis drei Wochen“ ankündigte. Dazu kam es aber nicht. Das

Gesundheitsministerium argumentierte damals, dass auf dem Weltmarkt keine zuverlässigen Tests verfügbar seien. Hingegen setzten Südkorea, Island und Deutschland verstärkt auf Antikörpertests: Der falsche oder unkritische Einsatz von Antikörpertests kann aber zu massiv hohen falsch positiven und falsch negativen Ergebnissen führen, so das Gesundheitsministerium.

Mit 0,33 Prozent hatte Österreich einen geringen Durchseuchungsgrad, wie der Mitte April präsentierte erste Stichprobentest nahelegte. Dieses Ergebnis führte zu einem Umdenken in Teilen des Krisenstabes. Denn: Je geringer die Durchseuchung, desto höher sind bei Antikörpertests die Chancen auf falsch positive Ergebnisse. Selbst dann, wenn sie zu 98 Prozent verlässlich sein sollten. Dabei werden grundsätzlich zwei Parameter unterscheiden: Sensitivität und Spezifität. Die Sensitivität gibt an, wie viele infizierte Menschen der Test erkennen kann. Sind also 100 Menschen infiziert und zeigt der Test 98 als positiv an, weist er eine Sensitivität von 98 Prozent auf. Die Spezifität gibt Auskunft darüber, wie viele Nichtinfizierte als nicht infiziert erkannt werden. Beide Werte sollten bei einem einigermaßen zuverlässigen Test bei mindestens 95 Prozent liegen.

Dennoch könnten diese Tests einen verhältnismäßig hohen Prozentsatz an falsch positiven Ergebnissen liefern. Zur Verdeutlichung: Angenommen, 0,5 Prozent der Bevölkerung wären bereits infiziert und 10.000 zufällig ausgewählte Personen werden mit einem Test untersucht, der eine Sensitivität von 100 Prozent und eine Spezifität von 95 Prozent aufweist, so ergäbe dieser Test 50 richtig positiv Getestete und keinen falsch negativ Getesteten. 497 Menschen aber wären falsch positiv getestet worden.

Österreich erachtete daher eine derartige Vorgehensweise als nicht notwendig. Bei PCR-Tests gibt es zwar keine falsch positiven Ergebnisse, jedoch sind rund 40 Prozent der negativen Befunde falsch.

Die Folge dieser Erkenntnisse war die Abkehr von der „Testen, testen, testen“-Strategie. In der Begründung hieß es, es sei eine Ressourcenverschwendung, Personen ohne Symptome zu testen. Stattdessen wurde der Schwerpunkt auf Alten- und Pflegeheime gelegt. Hier kam es zu einer gezielten Testung von Risikogruppen. Das Ergebnis ohne Antikörpertests werden immer reine Dunkelziffern in der Dunkelziffer sein.

Bis 27. März gab es in Österreich offiziell 7040 mit Sars-CoV-2 infizierte Personen, und 52 an Covid-19 verstorbene. Das Expertenpapier vom 30. März, auf das sich die Bundesregierung in der Folge berief, empfahl folgende Maßnahmen vor:

- Risikogruppen und vor allem Erkrankte mit leichten Symptomen sollten besser isoliert werden. Ein Gang

³⁴ ORF, Pressekonferenz von Gesundheitsminister Rudolf Anschöber, 27.03.2020, 10.05 Uhr.

³⁵ Kurier, „100.000 zusätzliche Tote“ sind möglich, in: *Kurier*, 03.04.2020, S. 4.

³⁶ Dies und die folgenden Angaben nach: Köksal Baltaci, Das Ende von „testen, testen, testen“, in: *Die Presse*, 24.04.2020, S. 11.

dieser Personen in den Supermarkt sollte im Idealfall verhindert werden.

- Ideal wäre auch der Aufbau eines Dienstes, der Risikogruppen mit Lebensmitteln versorgt.
- „Fever hospitals“ sollten für spezielle Sars-CoV-2-Infizierte errichtet werden und so die Ausbreitung der Pandemie zusätzlich verhindern.
- Eine Vermeidung jeder Übertragung durch das Gesundheitspersonal setze regelmäßige Tests, Schutzkleidung sowie strenge Isolierung voraus. In Italien war das Gesundheitspersonal ein „wesentlicher Überträger“ von Sars-CoV-2, zehn Prozent aller Infizierten entfielen auf das Gesundheitspersonal.

Bundeskanzler Kurz betonte am 30. März, dass die Bevölkerung „in den kommenden Wochen gefordert“ würde und deshalb „Disziplin, Geduld und Ausdauer“ notwendig wären: „Die schweren Zeiten stehen noch vor uns“, so Kurz: „Jeder wird in Österreich jemanden kennen, der an Corona verstorben ist“.³⁷ Man befinde sich „in der Ruhe vor dem Sturm“, so Kurz, und bezog sich diesbezüglich auf Expertenmeinungen.³⁸ Demnach drohe ohne weitere Maßnahmen bereits Mitte April (Ostern) eine Überlastung des Gesundheitssystems. Die Berechnung ging davon aus, dass eine infizierte Person damals im Schnitt 1,7 weitere Personen anstecken würde. Dieser Wert musste auf unter 1 reduziert werden, um das Virus kontrollieren zu können. Die Zahl der täglich neu Infizierten sollte laut Wissenschaftlern von 14 Prozent auf 7 Prozent gesenkt werden.

Am 30. März verzeichnete das Gesundheitsministerium 700 Infizierte pro Tag. Ab 2000 Infizierten pro Tag wären nicht mehr genügend Intensivbetten zur Verfügung gewesen.³⁹ Mit 6. April befanden in Österreich 1074 Menschen wegen Covid-19 im Spital, davon 270 auf der Intensivstation.

Die anfängliche Hoffnung der Behörden, dass ein Gutteil der Österreicher eine Coronainfektion ohne Krankheitssymptome durchmachen würde, und daher rasch auf „Herdenimmunität“ gesetzt werden könnte, hatte sich zerschlagen. Es war damit zu rechnen, dass die erwünschte Durchseuchung mit dem Coronavirus noch eine lange Zeit in Anspruch nehmen werde.⁴⁰

Während einer Pressekonferenz am 6. April erläuterte Bundeskanzler Kurz die Lage wie folgt, kündigte dabei aber auch die ersten Lockerungsmaßnahmen bekannt:

- Die internationale Situation sei weiterhin dramatisch, in Italien, Spanien und Frankreich gab es bereits über 15.000 Covid-19-Tote;

- Das Sars-CoV-2 breitete sich in Österreich nicht mehr so rasant aus wie zuvor. 12.200 Menschen wurden bis zu diesem Zeitpunkt in Österreich getestet, 187 davon waren Neuinfektionen: „Das heißt nicht, dass die Gefahr gebannt ist“, so Kurz: „Die Osterwoche wird ausschlaggebend sein, ob die Auferstehung, die wir uns wünschen, auch so stattfinden kann.“⁴¹ Weniger metaphorisch klingt das: nur wenn sich alle an die Einschränkungen halten, kann der Fahrplan eingehalten werden. Sollte sich die Lage verschärfen, sei die Bundesregierung angehalten, nachzuschärfen. Kurz hob die „schnelle und restriktive Reaktion“ der Bundesregierung hervor, aber: „Wir haben immer die Möglichkeit, die Notbremse zu ziehen.“

- Die bestehenden Ausgangsbeschränkungen wurden bis Ende April verlängert.
- Mit 6. April galt die Gesichtsmaskenpflicht in Supermärkten. Diese waren angehalten, Kontingente der damals auf dem Weltmarkt höchst begehrten Masken für die Kunden bereitzuhalten.
- Mit 13. April wurde die verpflichtende Mund-Nasen-Bedeckung auf alle öffentlichen Verkehrsmittel ausgedehnt.

Gleichzeitig aber entschied sich die Bundesregierung für eine stufenweise Wiedereröffnung.

- Am 13. April endete die Quarantäne in acht von neun Salzburger Gemeinden im Pinzgau und im Pongau, nur jene in Altenmarkt wurde um zwei Tage – also bis 15. April – verlängert.⁴²
- Mit 14. April gab die Bundesregierung die Öffnung der kleineren Geschäfte und der Baumärkte wieder frei.
- Ebenfalls ab 14. April wurden die Bundesgärten geöffnet – ihre Schließung war innenpolitisch heftig umstritten gewesen, zumal die von der Stadt Wien betriebenen Parkanlagen durchgehend offen geblieben waren.
- Mit 1. Mai wurden alle Geschäfte wieder geöffnet.
- Mit 15. Mai wurden die Gastronomiebetriebe geöffnet.
- Noch bis Mai fortgesetzt wurden aber das „Home schooling“.

³⁷ ORF, Zeit im Bild 2, 30. März 2020, 22.05 Uhr.

³⁸ ORF-Pressestunde, 30. März 2020, 11.30 Uhr bis 11.45 Uhr.

³⁹ So Österreichs Innenminister Karl Nehammer in der ORF-Pressestunde, 30. März 2020, 11.30 Uhr bis 11.45 Uhr.

⁴⁰ Salzburger Nachrichten, „Dunkelzifferntest“ besagt: Corona-Herdenimmunität gibt es nicht, in: *Salzburger Nachrichten*, 08.04.2020, S. 11.

⁴¹ Dies und die folgenden Angaben: Pressekonferenz von Bundeskanzler Sebastian Kurz, Vizekanzler Werner Kogler und Gesundheitsminister Rudolf Anshober, 6. April 2020, 11.10 Uhr, in: Iris Bonavida, Was wieder erlaubt ist – und ab wann, in: *Die Presse*, 07.04.2020, S. 1.

⁴² Die Quarantäne galt für die Gemeinden Flachau, Großarl, Hüttschlag, Dorfgastein, Bad Hofgastein, Bad Gastein, Saalbach-Hinterglemm und Zell am See, aus: Die Presse, Anshober: Start der zweiten Etappe „entscheidende Phase“, in: *Die Presse*, 14.04.2020, S. 5.

- Bis Ende Juni sollten keine Veranstaltungen stattfinden.
- Der Betrieb an den Universitäten verlief weiterhin auf Basis der Fernlehre, doch wurden ab Juni Forschungseinrichtungen wie Bibliotheken und Archive sowie Museen schrittweise wieder geöffnet.

Kurz resümierte bei dieser Gelegenheit: *„Wir sind besser durch die Krise gekommen wie die meisten anderen Länder,“* und Vizekanzler Werner Kogler ergänzte: *„Hätte die Bundesregierung zu langsam gehandelt, „wären die Kurvenverläufe komplett andere“* gewesen.

Gesundheitsminister Anchober betonte, dass es in Österreich Mitte März noch tägliche Steigerungsraten von 41 Prozent gab. Wäre diese Zahl explodiert, *„wären wir nun bei zwei Millionen [infizierten] Menschen“*. Die Zahlen galten seit Mitte April als stabil. So war der *„erste Kraftakt auf unserem Weg [...] gelungen“*, so Anchober. Das hätten auch die Verdoppelungszahlen bestätigt, also die Zeitspanne, die bei der Infektionsrate vergeht, bis sich die Anzahl an Corona-Infizierten verdoppelt hat. Mitte März lag sie bei 3,6 Tagen, Anfang April bereits bei 16,5.

Mit Beginn des stufenweisen Hochfahrens des Handels kurz nach den Osterfeiertagen am 14. April startete die zweite Etappe im Kampf gegen das Coronavirus, so Gesundheitsminister Anchober. Seit Ostersonntag (12. April) gab es in Österreich mehr Genesene als *„aktiv Erkrankte“*, am Ostermontag (13. April) betrug das Verhältnis Corona-Patienten zu Corona-Genesenen 6389 zu 7343.⁴³ Die Zahl der Corona-Patienten in den Spitälern war mit 981 leicht sinkend und lag erstmals seit 30. März unter 1000. Bis 13. April waren in Österreich 369 Menschen an den Folgen von Covid-19 gestorben. Der tägliche Anstieg an Neuerkrankungen lag zum neunten Mal in Folge unter drei Prozent. Bis zu diesem Datum gab es österreichweit 148.412 Testungen: *„Das alles sind sehr ermutigende Entwicklungen“*, so Anchober. Um den 12. März hatten die täglichen Steigerungen in Österreich noch 40 Prozent und mehr betragen.⁴⁴

Die Zeit nach Ostern: „Auferstehung“

Mit Stand 28. April gab es in Österreich nur noch 2208 aktive Fälle, hospitalisiert waren sechs Prozent. Insgesamt starben an Sars-CoV-2 bis 28. April in Österreich 569 Menschen, das entspricht 63 Tote pro eine Million Einwohner.⁴⁵

Ein wesentliches Ziel war es, die Schüler noch vor den Sommerferien in die Schulen zurückzuholen – vorausgesetzt, *„es geht alles gut“* und die Infektionszahlen steigen nicht wieder, so Bildungsminister Heinz Faßmann. Dabei galt die erste Priorität den Maturanten, um – wenn auch unter eingeschränkten Bedingungen – die Abhaltung einer vollgültigen Matura zu ermöglichen. Es folgten die Volksschulen und dann die Unterstufen der Mittelschulen usw. Dabei wurden auch die Entwicklungen in Dänemark und in Norwegen genau beobachtet, wo Schulen rascher wieder geöffnet worden waren.⁴⁶

Die Maßnahmen Österreichs ab 1. Mai 2020 lauteten wie folgt:⁴⁷

- Der beste Schutz ist und bleibt die Eigenverantwortung: Abstand halten, Hände waschen, Mund-Nasenschutz tragen.
- Mit 1. Mai durften im Handel alle Geschäfte wieder öffnen. In der Gastronomie und im Tourismus waren Abholungen vorbestellter Speisen weiterhin erlaubt, sofern ein Meter Sicherheitsabstand eingehalten wurde.
- Erlaubt waren Zusammenkünfte: bis zu zehn Personen (Ausnahme bei Demonstrationen); bei Begräbnissen bis zu 30 Personen. Seit 15. Mai durften auch Gottesdienste wieder stattfinden, allerdings unter Beachtung der Abstandsregeln und teilweise mit Mund-Nasenschutz.
- Mit 1. Mai entfiel das Betreibungsverbot von Outdoor-Sportanlagen für Einzelsportarten.
- Mit 4. Mai begannen Vorbereitungen der Matura und Lehrabschlussprüfungen. Ab 18. Mai starteten Volksschulen, Neue Mittelschulen, AHS-Unterstufen, Sonderschulen und Deutschförderklassen, ab 3. Juni alle Klassen der Sekundarstufe II und der Polytechnischen Schulen.
- Mit 15. Mai eröffnete die Gastronomie mit eingeschränkter Öffnungszeiten (06.00 bis 23.00 Uhr). Schankbetrieb an der Bar war noch nicht erlaubt. Clubs blieben länger geschlossen. Ein Sicherheitsabstand von einem Meter nur zwischen den Tischen musste gegeben sein. Pro Tisch durften vier Erwachsene und zusätzlich minderjährige Kinder Platz nehmen. *„Es wird keine freie Sitzauswahl geben“*, stellte damals Tourismus- und Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger klar. Gäste mussten am Tisch keinen Mund-Nasenschutz tragen. Mitarbeiter, die Kundenkontakt hatten, jedoch schon. Bis Ende April konnte ein

⁴³ Die Presse, Anchober: Start der zweiten Etappe „entscheidende Phase“, in: *Die Presse*, 14.04.2020, S. 5.

⁴⁴ Ebenda.

⁴⁵ Iris Bonavida, Mehr Eigenverantwortung, weniger Regeln, in: *Die Presse*, 29.04.2020, S. 4.

⁴⁶ Julia Neuhauser, Der neue „Schichtbetrieb“ an den Schulen, in: *Die Presse*, 25.04.2020, S. 9.

⁴⁷ Bundesregierung und Rotes Kreuz, „Unser Weg zurück“, in: *Die Presse*, 30.04.2020, S. 3.

Kunde auf 20 Quadratmetern empfangen werden, diese Regelung entfiel mit 1. Mai. Seither durften pro 10 Quadratmeter ein Kunde empfangen werden. Das galt auch für Gottesdienste. Für Indoorbereiche galt zusätzlich eine Maskenpflicht, auch hier galt die 10 Quadratmeterregelung pro Besucher.

- Seit 15. Mai konnten Museen und Ausstellungen sowie Tierparks wieder öffnen.
- Seit 29. Mai durften Hotels und Beherbergungsbetriebe öffnen, auch Schwimmbäder, Freizeitanlagen und Sehenswürdigkeiten.

Mit 15. Juni begann die nächste Etappe der Phase der Eigenverantwortung. Das verpflichtende Tragen des Mund-Nasenschutzes wurde schrittweise eingeschränkt, Schutzmaskenpflicht galt nur mehr in drei Bereichen:

- In öffentlichen Verkehrsmitteln;
- Im Gesundheitsbereich und in Apotheken;
- Bei Dienstleistungen, bei denen das Einhalten der Mindeststandards von einem Meter nicht möglich ist, wie etwa beim Friseur.⁴⁸

Das Personal in der Gastronomie blieb zum Tragen eines Mund- oder Gesichtsschutzes verpflichtet, nicht aber die Gäste. Die bis zu diesem Zeitpunkt verpflichtende Gesichtsbedeckung fiel auch in Schulen. Die Sperrstunde wurde von 23 Uhr ab 15. Juni bis 1 Uhr nachts verlängert. Die limitierte Personenanzahl von vier Personen pro Tisch wurde ebenso obsolet. Es bleibt jedoch ein Meter Mindestabstand zwischen den Tischen. Wie groß die Gruppen sind, die an den Tischen gemeinsam sitzen, können Wirte selbst entscheiden.⁴⁹

Hinsichtlich der Reisen in das und aus dem Ausland fielen die meisten Einreisebeschränkungen ab Mitte Juni. An der deutsch-österreichischen Grenze wurden die Kontrollen Mitte Mai auf beiden Seiten von „systematischen“ auf stichprobenartige Kontrollen umgestellt. Alle Übergänge wurden wieder geöffnet, und für die Einreise von Österreich nach Deutschland entfiel die 14-tägige Quarantänepflicht. In Deutschland war dies – aufgrund der föderalen Struktur – eine Empfehlung des Bundesinnenministers Horst Seehofer; umsetzen mussten es die Bundesländer, die aber bereits massiv auf Erleichterungen im Grenzverkehr gedrängt hatten. Deutschland hob die Grenzkontrollen zu Luxemburg bereits mit 16. Mai auf und orientierte sich dabei an seinen eigenen Vorgaben (weniger als 50 Infektionen pro

100.000 Einwohner).⁵⁰ Ab Mitte Juni galt wieder Reisefreiheit zwischen Österreich und Deutschland, der Schweiz, dem Fürstentum Liechtenstein, der Tschechischen Republik, der Slowakei und Ungarn. Damit entfiel bei der Einreise nach Österreich auch die Pflicht zur Selbstisolation. In Zukunft will die österreichische Regierung einen stärkeren Fokus auf Regionalisierung von Maßnahmen legen, wie sie wurden auch von den Bundesländern wiederholt eingefordert wurden.⁵¹

„Big Data“ und strittige Corona-Regeln

Das Vorgehen der Bundesregierung wurde anfänglich von den Oppositionsparteien mitgetragen; erst im Laufe der Zeit setzte teils heftige Kritik an einigen der Maßnahmen und ihrer Kommunikation ein. Allerdings wären die meisten dieser Regeln, so Bundeskanzler Kurz, zu einem Zeitpunkt ihrer Überprüfung durch den Verfassungsgerichtshof ohnedies nicht mehr in Kraft. Dabei ging es vor allem um unklar formulierte Bestimmungen oder mögliche Amtshaftungsklagen von Unternehmen, weil zunächst beispielsweise nur kleinere Geschäfte öffnen durften. Angesichts der Kritik einiger Juristen an den Rechtsakten der Bundesregierung stellte der Bundeskanzler klar: „Das Wichtigste ist, dass wir gehandelt haben und dass es funktioniert“; so Kurz am 14. April. Eine Überarbeitung der Vorschriften war angesichts ihrer zeitlich begrenzten Gültigkeit nicht geplant.⁵²

Ein Thema, das während der Coronakrise heftig diskutiert wurde, war der Einsatz von „Big Data“, also die Überwachung der Bevölkerung und eventueller Begegnungen mit Infizierten mittels Handydaten. Ziemlich früh legte man sich hier auf eine lediglich freiwillige Teilnahme fest, wobei es vor allem um die „Stopp Corona“-App ging, die das Österreichische Rote Kreuz ausgearbeitet hatte. Die Uniq Privatstiftung finanzierte die Entwicklung dieser App.⁵³ Das Herzstück dieser App war ein „Kontakttagebuch“, in dem persönliche Begegnungen ab einer gewissen Dauer mit einem „digitalen Handshake“ (via Bluetooth) anonymisiert gespeichert wurden. Erkrankt jemand an Covid-19, wird jeder, der in den vergangenen 48 Stunden Kontakt hatte, automatisch benachrichtigt und gebeten, sich zu isolieren. Die Vernetzung mit den anderen Smartphones erfolgte nicht automatisch. Geplant war auch der Einbau eines Symptomschecks. Die Regierung setzte dabei auf eine freiwillige Nutzung der App, anders

⁴⁸ Julia Wenzel, „Den Mundschutz runter, die Ärmel hoch“, in: *Die Presse*, 30.05.2020, S. 7.

⁴⁹ Ebenda.

⁵⁰ Oliver Grimm, Jürgen Streihammer, Christian Ultsch, Eine Grenzöffnung für Urlauber, in: *Die Presse*, 14.05.2020, S. 1.

⁵¹ Julia Wenzel, „Den Mundschutz runter, die Ärmel hoch“, in: *Die Presse*, 30.05.2020, S. 7.

⁵² Philipp Aichinger, Warum die Richter zu spät kommen, in: *Die Presse*, 15.04.2020, S. 7.

⁵³ Philipp Aichinger, Masken sollen Tote verhindern, in: *Die Presse*, 31.03.2020, S. 1 und 2, hier S. 2.

als in Südkorea, wo Patienten teils rund um die Uhr überwacht, getrackt oder sogar bestraft wurden, wenn sie sich aus der Wohnung entfernen. In Südkorea wurden Personen auch per SMS darüber informiert, wenn sich in einem Block, dem sie sich näherten, besonders viele Fälle registriert waren. Dies hatte dazu geführt, dass die Erkrankungen stark zurückgedrängt werden konnten.⁵⁴

Die Europäische Kommission hielt es aus datenschutzrechtlicher Sicht für möglich, sensible, persönliche Daten im Kampf gegen die Ausbreitung der Virus zu verwenden. Mit der „Stopp Corona“-App hielt man sich jedenfalls an geltende Datenschutzgesetze, und es war nicht geplant, ein Instrument einzuführen, das das Tracking von Personen ermöglicht oder bewusst gefördert hätte.⁵⁵ Österreichs Justizministerin Alma Zadić erklärte dazu: *„Eine individuelle Überwachung wollen wir weder jetzt noch in Zukunft. Kein Mitglied der Bundesregierung hielt einen solchen Einschnitt in die persönliche Freiheit für notwendig.“*⁵⁶ Der Datenschutzaktivist Max Schrems meldete dennoch Bedenken an: *„Viele haben in ihrem sozialen Umfeld schon jetzt Hemmungen, sich als Coronakranke zu outen. Wenn sie künftig befürchten müssen, dass der Innenminister mit einer App nachschaut, mit wem sie sich wann und wo getroffen haben und sie bestraft, dann werden sich vielleicht einige Leute nicht mehr testen lassen.“*⁵⁷ Rechtlich gelte in Österreich, so Schrems, gemäß der Verfassung der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit: *„Ich darf nicht tiefer in die Grundrechte eingreifen, als es notwendig ist, um mein Ziel zu erreichen.“* Gemäß der EU-Datenschutzgrundverordnung dürfen personenbezogene Daten nur in bestimmten Fällen verwendet werden – eine Epidemie ist als ein solcher Fall genannt. Laut dieser Verordnung dürfen die minimal notwendigen Daten nur für einen spezifischen Zweck verarbeitet werden – und müssen danach sofort gelöscht werden.⁵⁸

Grundrechte, wie das Grundrecht auf Datenschutz, stehen in einem demokratischen Rechtsstaat nicht zur Disposition, sie gelten aber auch nicht absolut und können in einer Ausnahmesituation durchaus auch eingeschränkt werden. Dies bedarf immer einer gesetzlichen Grundlage. Die Maßnahmen müssen notwendig, geeignet und verhältnismäßig in einer demokratischen Gesellschaft sein und der bzw. die jeweils Betroffene muss eine Beschwerdemöglichkeit haben. Diese gesetzlichen Maßnahmen sollten jedenfalls ein Ablaufdatum haben, nämlich dann, wenn die Ausnahmesituation – in diesem Fall Covid-19-Pandemie –

vorbei ist, erklärte Andrea Jelinek, Österreichs Datenschutzbeauftragte.⁵⁹

Wie in anderen Ländern der EU gab es auch in Österreich eine Grundrechtsdiskussion um die verpflichtende Verwendung digitaler Applikationen („Apps“). Die Pflicht zur Anwendung würde in vielfacher Weise die Grundrechte unzulässig beschränken, warnten die Professoren Anna Gamper und Peter Bußjäger vom Institut für öffentliches Recht, Staats- und Verwaltungsrecht der Universität Innsbruck.⁶⁰ Die Tracing-App – ob im Handy installiert oder in einem Schlüsselanhänger mit gleicher Funktion – berühre u.a. das Recht auf Datenschutz und auf Privatleben. Die App verhindere zunächst keine Infektion, sondern veranlasse lediglich eine Benachrichtigung, wonach jemand infiziert sei. Ob die per „digitalem Handshake“ aufgefundene Person, der eine infizierte Person begegnet ist, sich selbst tatsächlich infiziert hat, ist damit noch nicht gesagt. Eine übervorsichtige oder missbräuchliche Aktivierung des Handshakes könnte vielmehr dazu führen, dass Personen informiert werden und sich in Quarantäne begeben müssen, die nicht nur nicht infiziert sind, sondern die sich objektiv gesehen nicht einmal infizieren konnten, weil sie genug Abstand eingehalten haben. Müsste ein App-User bekanntgeben, dass er sich infiziert hat, greife das in Datenschutz und Recht ein, weil er sich identifizieren müsse und die Anonymisierung seiner Daten – wo, wann, wie er sich bewegt hat – nicht mehr gewährleistet sei.⁶¹

Gesundheitswesen und öffentliche Sicherheit sind grundsätzlich in der EU nationale Kompetenzen, das ist kein gemeinschaftlicher Bereich. Die EU arbeitete jedoch an Maßnahmen zum „Monitoring spread of Covid-19“, also an der Beobachtung, wie sich das Virus ausbreitet. Im Statement des Europäischen Datenschutzboards (edpd) hieß es: Wenn es nicht möglich ist, nur anonymisierte Daten zu verarbeiten, können die Mitgliedstaaten gesetzliche Maßnahmen setzen, die die öffentliche Sicherheit gewährleisten: *„Das Tracking individueller Personen kann unter außergewöhnlichen Umständen in Betracht gezogen werden. Es bedarf aber immer einer gesetzlichen Grundlage und die Bestimmungen müssen erforderlich, geeignet und verhältnismäßig in einem demokratischen Rechtsstaat sein.“*⁶²

Dass das Gesundheitspersonal trotz Vorerkrankungen kein Recht auf eine Freistellung oder Home Office haben sollte, ist für den Verfassungsjuristen Heinz Mayer „klar verfassungswidrig“ und „unverhältnismäßig“.⁶³ Das Gesetz

⁵⁴ Big Data – das Gefahrenpotenzial nach der Krise, in: *Kurier*, 29.03.2020, S. 8.

⁵⁵ Ebenda.

⁵⁶ Raffaella Lindorfer, „Vorsicht, sonst lassen sich wohl einige nicht mehr testen“, in: *Kurier*, 29.03.2020, S. 9.

⁵⁷ Ebenda.

⁵⁸ Ebenda.

⁵⁹ Ingrid Steiner-Gashi, „Es gibt ein Grundrecht auf Datenschutz“, Interview mit Andrea Jelinek, Österreichs Datenschutzbeauftragte, in: *Kurier*, 29.03.2020, S. 10.

⁶⁰ „Verfassung verbietet Pflicht-App“, in: *Die Presse*, 07.04.2020, S. 4.

⁶¹ Ebenda.

⁶² Ingrid Steiner-Gashi, „Es gibt ein Grundrecht auf Datenschutz“, Interview mit Andrea Jelinek, Österreichs Datenschutzbeauftragte, in: *Kurier*, 29.03.2020, S. 10.

⁶³ Köksal Baltaci, Verfassungsjurist zerpfückt Gesetz, in: *Die Presse*, 07.04.2020, S. 4.

dazu wurde vom Nationalrat am 3. April beschlossen, wonach zur Covid-19-Risikogruppe zählende Personen – wie ältere Menschen und jene mit relevanten Vorerkrankungen wie z.B. Diabetes – kein Recht auf Home Office oder Freistellung haben, wenn sie in der kritischen Infrastruktur tätig sind. Die Bundesregierung begründete diese Ausnahmeregelung damit, dass die Gewährleistung der sogenannten kritischen Infrastruktur vorrangig sei. Dazu zähle die Versorgung mit Lebensmitteln, Verkehrs-, Sozial-, Gesundheits- und Pflegedienstleistungen und die staatliche Hoheitsverwaltung, darunter Beamte der Bezirkshauptmannschaften, Baubehörden oder der Schulverwaltung. Artikel 2 der Europäischen Menschenrechtskommission (EMRK) verpflichtet den Staat aber, so Mayer, zum Schutz des menschlichen Lebens und somit, Gefährdungen des Lebens durch staatliche Maßnahmen zu unterlassen (Schutzpflicht des Staates). Daher sei es unverhältnismäßig, Dienstnehmer, die in Bereichen der kritischen Infrastruktur beschäftigt sind, von der Schutzbestimmung auszunehmen. Die „völlig undifferenzierte Ausnahmebestimmung“ verpflichte Menschen, die ein besonders hohes Risiko tragen, weiterhin ihre Dienstpflichten zu erfüllen, ohne eine sachliche Begründung dafür zu liefern. Verdiente etwa eine chronisch erkrankte Krankenschwester einen derartigen Schutz nicht?

In Österreich ist grundsätzlich die für Gesundheitsfragen zuständige Bezirksverwaltungsbehörde (d.h., die Bezirkshauptmannschaft oder der Magistrat) über infizierte Personen informiert. Früher war vorgesehen, dass sie sich mit der zuständigen Gemeindebehörde ins Einvernehmen setzen sollte, um die nötigen Vorkehrungen in einem derartigen Fall zu treffen. Dieser Passus im Epidemiegesetz wurde aber 2016 abgeschafft. Damit wäre die Weitergabe dieser Informationen an die Gemeinden nicht erlaubt gewesen. Eine der 2020 beschlossenen Novellen erlaubte es, Bürgermeister über Infizierte in ihrer Gemeinde zu informieren, machte dies aber nicht zur Pflicht. Die Regelung war umstritten – Manche befürchteten, dass die Namen Infizierter über den Dorftratsch publik werden könnten; angesichts einzelner Probleme in den ersten Fällen von Ansteckungen im März (die bis zu anonymen Drohungen an Infizierte reichten) war dies nicht unverständlich.

Die aktuellen Regeln ermächtigen (verpflichten aber nicht) die Bezirksverwaltungsbehörde, dem Bürgermeister den Namen und die Kontaktdaten von Personen mitzuteilen, die Sars-CoV-2 haben könnten. Konkret ist von Menschen die Rede, die „von einer Absonderungsmaßnahme“ wegen Covid-19 betroffen sind. Allerdings dürfen diese Daten nur dann an den Bürgermeister gehen, wenn dies „zur Versorgung dieser Person mit notwendigen Gesundheitsdienstleistungen oder mit Waren oder Dienstleistungen des tatsächlichen Bedarfs unbedingt

notwendig ist“. Für Bürgermeister gibt es weiterhin keine Auskunftspflicht gegenüber der Bevölkerung. Es genügt zu sagen: „Wir werden informiert und haben alles im Griff.“ Ebenso darf der Behördenapparat des Bürgermeisters betroffene Namen erfahren, wenn dies für die Hilfe nötig ist; für diese Personen gilt die Amtsverschwiegenheit. Der Name darf also nicht an das Rote Kreuz oder einen Essenzusteller weitergegeben werden. Bevor das passiert, müsse die Gemeinde den Patienten fragen, ob er mit der Weitergabe seiner Daten zu Hilfeleistungen auch einverstanden ist. Der Gemeindebund ersuchte in einem E-Mail an die Bürgermeister, „dem Datenschutz und der Datensicherheit wie gewohnt höchste Priorität einzuräumen: sonst würden straf- und schadenersatzrechtliche Forderungen drohen“.⁶⁴

Bundesheer, Zivildienstler, Pflegekräfte

Im Zuge der Coronakrise wurde vielen Menschen zum ersten Mal bewusst, dass das Bundesheer nicht nur aus Berufssoldaten und Grundwehrdienern besteht, sondern gemäß Art. 79 Abs. 1 der Bundesverfassung „nach den Grundsätzen eines Milizsystems einzurichten“ ist.⁶⁵ Bereits am 25. Februar 2020 traf das Bundesheer, „in allen Szenarien Rückgrat und strategische Handlungsreserve, sofern es selbst krisenfest aufgestellt ist“,⁶⁶ Maßnahmen, die zur Erhöhung der Bereitschaft in Hinblick auf die Ausbreitung von Sars-CoV-2 erforderlich waren: „Sollte das Bundesheer zur Assistenz angefordert werden, können unsere Soldatinnen und Soldaten rasch reagieren und umfassend helfen“, erklärte damals Verteidigungsministerin Klaudia Tanner nach einem Treffen mit dem Generalstab.⁶⁷ Anfang März hatten sich in 103 Ländern bereits offiziell an die 110.000 Menschen mit dem neuen Coronavirus angesteckt, Polizei und Bundesheer standen bereits Tage zuvor in permanenter Abstimmung. Die Ereignisse der kommenden Monate ließen sich damals noch schwer abschätzen.

Schon ab 9. März 2020 unterstützten Soldaten die Hotlines der AGES, der Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit. In Österreich starb erstmals am 12. März ein Covid-19-Patient, und etwa gleichzeitig setzten die ersten konkreten Maßnahmen der Bundesregierung ein. In der Folge kamen Soldaten verstärkt bei Unterstützungsleistungen zum Einsatz – sowohl beim „gesundheitsbehördlichen Abreisemanagement“ ausländischer Urlaubsgäste als auch bei Grenzkontrollen zusammen mit der Polizei. Mit Rücksicht auf eine mögliche Ansteckungsgefahr setzte das

⁶⁴ Philipp Aichinger, Wer hat Corona? Was Bürgermeister wissen dürfen, in: *Die Presse*, 07.04.2020, S. 4.

⁶⁵ Vgl. auch Erich Cibulka, Brief des Präsidenten, in: *Der Offizier*, Ausgabe 2/2020, S. 04-05, hier S. 04.

⁶⁶ Iris Bonavida, „Geopolitik verschwindet trotz Corona nicht“, Interview mit Generalmajor Johann Frank, in: *Die Presse*, 24.04.2020, S. 9.

⁶⁷ Dies und die folgenden Angaben nach: Jürgen Zacharias und Sarah Wetzlmayr, Im Kampf gegen das Virus, in: *Militär aktuell*, Ausgabe 2/2020, S. 10-24, hier S. 12.

Bundesministerium für Landesverteidigung die Stellung künftiger Rekruten vorerst aus.

Am 15. März 2020 verkündete Ministerin Tanner die Mobilisierung von Teilen der Miliz. Dies war eine Premiere – nie zuvor in der Zweiten Republik waren Milizsoldaten einberufen worden. Zur Abdeckung des möglichen Personalbedarfes bis zu jenem Zeitpunkt, wo diese Kräfte – nach entsprechender Einschulung – ab Mai zum Einsatz kamen, wurde der Präsenzdienst für alle Grundwehrdiener, die Ende März abgerüstet hätten, verlängert – eine ähnliche Maßnahme war 1968, im Zusammenhang mit der Niederschlagung des sogenannten „Prager Frühlings“ in der Tschechoslowakei durch Truppen des Warschauer Paktes, angeordnet worden.⁶⁸ Formal beschlossen wurde dies am 18. März.⁶⁹

Ab 14. März 2020 unterstützten Soldaten die Lagerlogistik von Lebensmittelkonzernen – dies dauerte bis 29. März; zum Höchststand waren 753 Soldaten und Zivilbedienstete in insgesamt 31 Lagern in allen Bundesländern eingesetzt. Ebenfalls unterstützt wurde die Produktion von Desinfektionsmitteln. Mit 19. März befanden sich bereits rund 1000 Soldaten und Zivilbedienstete im Covid-19-Einsatz. In Wien übernahmen Soldaten auch den Schutz von Botschaften und ähnlichen Objekten. Das Bundesministerium für Inneres forderte am 20. März den Assistenzeneinsatz des Bundesheeres für das gesamte Staatsgebiet an. Mit 3. April begann beim Bundesheer die Produktion eigener Mund-Nasenschutzmasken.

Mit 11. April waren an die 1400 Soldaten im Inland eingesetzt, um die Auswirkungen von Covid-19 zu bewältigen, so bei Gesundheitschecks wie Fiebermessen, beim Reisemanagement, bei der Organisation von Transporten, bei der Botschaftsbewachung, oder beim Grenzschutz. Am 15. April wurden insgesamt 13 Jägerkompanien für den Milizeinsatz einberufen, die am 4. Mai einrückten.⁷⁰ Laut einer Zwischenbilanz am 15. Mai 2020 hatte das Bundesheer seit Ausbruch der Corona-Pandemie rund 1,2 Millionen Arbeitsstunden geleistet. Im sicherheitspolizeilichen Assistenzeneinsatz waren zum Höchststand 1736 Soldaten eingesetzt, bei Gesundheitsbehörden befanden sich zum Höchststand 664 Soldaten im Einsatz. Am 16. Mai übernahm das Bundesheer den Betrieb des Post-Logistikzentrums in Hagenbrunn, drei Tage später auch jenen in Inzersdorf bei Wien. Zahlreiche Mitarbeiter der Post hatten sich an beiden Standorten zuvor mit Sars-CoV-2 infiziert. In beiden Zentren der Post befanden sich insgesamt 270

Soldaten und Bedienstete des Bundesheeres im Einsatz. Sie ersetzten 300 Post-Mitarbeiter und Leiharbeiter, die sich in Quarantäne begeben mussten.⁷¹

Mit 18. Mai begannen österreichweit die ersten Milizeinsätze. An die 1400 Milizsoldaten übernahmen in allen neun Bundesländern Einsatzaufgaben.⁷² Nach dem Bekanntwerden der ersten Grenzöffnungen seitens österreichischer Nachbarländer endete für sechs Milizkompanien der Einsatz bereits am 8. Juni. Durch den teilweisen Wegfall der gesundheitsbehördlichen Grenzkontrollen hatten sich auch die personellen Anforderungen an das Bundesheer geändert.⁷³

Zur Mithilfe an der Bewältigung der Coronakrise wurden erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik österreichweit Milizeinheiten aufgeboden.⁷⁴

Die Milizsoldaten hatten folgende Aufträge:

- Ablöse der Polizei / sicherheitspolizeiliche Aufgaben
- Objektschutz (Bewachen von Botschaften im Auftrag des Bundesministeriums für Inneres)
- Ein-/Ausreisemanagement an den Grenzen

Jeder Grundwehr- bzw. Präsenzdienstler bekam im Einsatz zur Eindämmung von Covid-19 eine Anerkennungsprämie von 190 Euro pro Monat. Nachdem es aber zwischen freiwillig Waffenübenden und Einsatzpräsenzdienstlern zu einer ungleichen Bezahlung kam, veranlasste Verteidigungsministerin Klaudia Tanner Anfang Juni eine Anerkennungsprämie in der Höhe von bis zu 1000 Euro für alle Wehrpflichtigen des Milizstandes, die am 4. Mai zur Leistung des Einsatzpräsenzdienstes einberufen bzw. angetreten waren.⁷⁵

Offiziell endete der Miliz-Einsatz des Bundesheeres mit 20. Juli 2020. Milizsoldaten, die als Einsatzpräsenzdienstler im Einsatz waren, wurden durch Berufssoldaten und Grundwehrdiener abgelöst. Als offizielles Einsatzende wurde der 31. Juli 2020 genannt. Laut einer Aussendung des BMLV legten Milizsoldaten im Zuge dieses Einsatzes 1,5 Millionen Kilometer zurück und leisteten 1.325.000 Einsatzstunden.⁷⁶

⁶⁸ Erich Cibulka, Brief des Präsidenten, in: *Der Offizier*, Ausgabe 2/2020, S. 04-05, hier S. 04.

⁶⁹ Günter Höfler, Covid-19 und die strategische Handlungsreserve der Republik, in: *The Austrian Peacekeeper*, Ausgabe 2020/2, S. 4-5, hier S. 4.

⁷⁰ Verteidigungsministerin Tanner im Gespräch mit Milizkommandanten, Presseaussendung vom 23. Juni 2020, Bundesministerium für Landesverteidigung, S. 1.

⁷¹ Auch Soldaten coronapositiv: Cluster zieht offenbar Kreise, in: *Die Presse*, 23.05.2020, S. 11.

⁷² Verteidigungsministerin Tanner im Gespräch mit Milizkommandanten, Presseaussendung vom 23. Juni 2020, Bundesministerium für Landesverteidigung, S. 1.

⁷³ Ebenda.

⁷⁴ Das Bundesheer setzt bei der Krisen-Bewältigung auf die Miliz, aus: Unser Heer. Eine Information des BMLV, in: *Militär aktuell*, Ausgabe 2/2020, Sonderbeilage, S. 1-4, S. hier S. 1. Vgl. auch Jürgen Zacharias und Sarah Wetzlmayr, Im Kampf gegen das Virus, in: *Militär aktuell*, Ausgabe 2/2020, S. 10-24, hier S. 13.

⁷⁵ Verteidigungsministerin Tanner im Gespräch mit Milizkommandanten, Presseaussendung vom 23. Juni 2020, Bundesministerium für Landesverteidigung, S. 1.

⁷⁶ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200720_OTS0105/bundesheer-miliz-einsatz-endet-heute, eingesehen 21.07.2020.

Das Bundesministerium für Landesverteidigung verringerte aufgrund der Coronakrise die Zahl jener Soldaten, die sich bei friedenserhaltenden Operationen im Ausland befanden. Die Einsatzstärke des Bundesheeres wurden für Ende Mai 2020 seitens des Bundesministeriums für Landesverteidigung wie folgt angegeben:

Insgesamt befanden sich 4466 Soldaten im Einsatz:

- 2137 befanden sich im Assistenzinsatz im Zusammenhang mit Covid-19;
- 941 überwachten die Grenze;
- 712 befanden sich im Auslandseinsatz;
- 400 in einsatzgleichen Verpflichtungen; und
- 276 leisteten Unterstützungen.⁷⁷

Mit Ausnahme von Salzburg und Tirol nahmen alle Bundesländer die Dienste der Experten des Bundesheeres für das Aufspüren und die Beseitigung atomarer, biologischer und chemischer (ABC) Gefahrenstoffe in Anspruch, so konnten verseuchte Räume professionell dekontaminiert werden. Darunter fielen Polizei-Inspektionen, Firmenräumlichkeiten, Leitzentralen offizieller und ziviler Organisationen, der Landtag des Landes Niederösterreich sowie die Post-Verteilerzentren in Hagenbrunn und Inzersdorf. Ein ABC-Abwehrteam befand sich im Corona-Auslandseinsatz im Kosovo (NATO-Mission KFOR – das Bundesheer hat innerhalb der KFOR um die 300 Soldaten stationiert). Das österreichische Team desinfizierte u.a. die Räume des US-Stabschefs bei der KFOR.⁷⁸

Neben Soldaten kamen auch Zivildienstler im Zuge der Corona-Maßnahmen zum Einsatz. Dazu wurden rund 1500 Zivildienstler, die Ende März 2020 ihre Ausbildung abgeschlossen hatten, um drei Monate verlängert und in Einrichtungen versetzt, in denen dringend Hilfe benötigt wurde. Zusätzlich unterstützten rund 2000 freiwillige Zivildienstler seit 1. April Österreichs Altenpflege. Bis zu 3200 Zivildienstler waren für verschiedene organisatorische Tätigkeiten (Haushalt, Tagesbetreuung, Botengänge) eingesetzt.⁷⁹

Im Bereich der Pflege ist Österreich zu einem hohen Maße von Pflegerinnen abhängig, die aus mittel- und

südosteuropäischen Ländern kommen. Insgesamt 70.000-80.000 Pflegerinnen unterstützen rund 33.000 Menschen im Rahmen der 24-Stunden-Pflege – allein in Niederösterreich rund 8000 Pflegebedürftige. Mit den Grenzsicherungen zu Ungarn, der Slowakei und der Tschechischen Republik stellte sich die Frage, wie diese Pflegerinnen zurück in ihre Heimatländer oder wieder ins Land kommen könnten.

Ab 30. März organisierten deshalb die Wirtschaftskammer und das Land Niederösterreich eine Art „Pflege-Luftbrücke“ für Pflegerinnen aus Rumänien und Bulgarien – beginnend mit Temeswar und Sofia.⁸⁰ Beide Institutionen kamen für die Kosten der 14-tägigen Quarantäne auf, die Pflegerinnen nach der Ankunft in niederösterreichischen Hotels zubringen mussten. In den nachfolgenden Wochen kamen Pflegekräfte auch auf dem Bahnweg (mit sogenannten „Korridorzügen“ über Ungarn) nach Österreich.⁸¹

Ebenfalls ein heikles Thema waren Erntehelfer, die – meist aus ost- und südosteuropäischen Staaten – dringend im landwirtschaftlichen Bereich benötigt wurden. Auch hier setzte man auf pragmatische Lösungen.

Wirtschaftliche Auswirkungen der Coronakrise auf Österreich

Im März legten das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (Wifo) und das Institut für Höhere Studien (IHS) eine Wirtschafts-Frühjahrsprognose vor, in dem sie für Österreich ein BIP-Minus von 2 bis 2,5 Prozent prognostizierten.⁸² Die Einschätzungen internationaler Organisationen gingen sogar von einem BIP-Minus von 5 bis 7 Prozent für Österreich aus. Im Jahr 2019 erreichte der Bund den ersten Budgetüberschuss seit 1954, im Jahr 2020 wird das höchste Defizit der Zweiten Republik erreicht sein. Laut Prognose des Wifo vom April könnte die österreichische Wirtschaft 2020 um zumindest 5,25 Prozent schrumpfen. Verschlechtert sich die internationale Entwicklung, wäre auch ein Minus von 7,5 Prozent möglich. Ausgegangen wird in beiden Szenarien davon, dass es keine zweite Infektionswelle von Sars-CoV-2 gibt, sonst wären die Zahlen deutlich dramatischer. Damit wäre die durch Covid-19 ausgelöste Rezession schlimmer als jene infolge der Finanzkrise 2009. Damals ging das BIP um 3,8 Prozent zurück: „Global gesehen ist es die größte Rezession, seit es makroökonomische Aufzeichnungen gibt“, so Josef Baumgartner vom Wifo. Das bis dato nicht gekannte

⁷⁷ Einsatzpräsenzdienst: Was bislang geschah – ein Überblick, in: Der Offizier, Zeitschrift der Österreichischen Offiziersgesellschaft, Ausgabe 2/2020, S. 14-15, hier S. 14.

⁷⁸ Ulrike Botzenhart, „Hotspot“ Kaffeeautomat, in: Fakten. Sicherheit. Analyse. Konsequenzen. Perspektiven – Spezial. Corona-Einsatz: Heer zieht Bilanz, Hrsg.: Republik Österreich/Bundesministerium für Landesverteidigung, Sommer 2020, S. 06-07.

⁷⁹ ORF, Pressekonferenz von Gesundheitsminister Rudolf Anschober, 27.03.2020, 10.05 Uhr.

⁸⁰ Gerhard Hofer, „Pflegerinnen sind systemrelevant und brauchen Tests“, in: Die Presse, 28.03.2020, S. 3.

⁸¹ Ebenda.

⁸² Dies und die folgenden Angaben nach: Jakob Zirm, Covid-19 bringt Defizit-Negativrekord, in: Die Presse, 24.04.2020, S. 18.

Ausmaß eines Wirtschaftseinbruches ergibt sich, weil es, sowohl auf der Angebots- und der Nachfrageseite als auch im In- und Ausland gleichzeitig, Rückgänge gibt. Es sei jedoch keine Rezession, die sich langsam aufbaut und die Schwächen der Wirtschaft aufzeigt, sondern quasi eine Rezession per Dekret“, so Wifo-Leiter Christoph Badelt. 2021 könnte Österreich in vielen Bereichen „zu einer gewissen Normalität zurückkehren“, so Badelt, ein Wachstum des BIP um 3,5 Prozent wäre demnach möglich. Bis das Niveau von Anfang 2020 erreicht ist, soll es noch zumindest bis 2022 dauern. Die Arbeitslosenquote in Österreich stieg im März um mehr als 50 Prozent, für 2020 rechnete das Wifo insgesamt mit einem Anstieg von 7,4 Prozent auf 8,7 Prozent.

Ein-Personen- (EPU) und Kleinstunternehmen (bis neun Angestellte) sollten direkte Hilfe von der Republik erhalten. In der darauffolgenden Woche war geplant, dass die ersten Gelder aus dem Härtefonds (eine Milliarde Euro) auf den Konten einlangen sollten; dieser wurde in den Wochen darauf auf 15 Milliarden Euro erhöht. Am 26. März stellte die Bundesregierung die Regeln für Ein-Personen- und Kleinstunternehmen vor, und am 27. März stand die entsprechende Webseite.⁸³

- In einer ersten Phase sollten die Zielgruppen zwischen 500 Euro und 1000 Euro steuerfrei erhalten. Die Beantragung sollte unkompliziert mit einer Ausweiskopie und einer eidesstattlichen Erklärung über eine Webseite erfolgen. Mit Ende 2019 gab es laut Wirtschaftskammer 455.000 Ein-Personen- und Kleinstunternehmen, die unter diese Regelung fielen. Zudem galt die Regelung auch für sogenannte „Neue Selbständige“ wie etwa Vortragende, Künstler, Psychotherapeuten, für freie Dienstnehmer (EDV-Spezialisten, Nachhilfelehrer) und für freie Berufe wie zum Beispiel im Gesundheitsbereich.
- Die zweite Phase begann am 16. April: für die obigen Zielgruppen gab es bis zu 2000 Euro pro Monat. Zusammen mit der Ersthilfe wurden maximal 6000 Euro über drei Monate ausbezahlt, maximal aber 80 Prozent des Einkommensentfalls. Abgewickelt wurde die Auszahlung über die Wirtschaftskammer Österreich. Der Zuschuss musste nicht zurückgezahlt werden. Eine Aufstockung des Härtefonds wurde nicht abgeschlossen.

Mit Ende Mai wurden die Mittel für den Härtefonds mehr als verdoppelt. Statt mit maximal 6000 Euro sollten Kleinstunternehmen mit bis zu 15.000 Euro unterstützt

werden.⁸⁴ Dass dabei vereinzelt auch kleine Beträge – in einem Fall von lediglich 38 Euro – überwiesen wurden, ergab sich beispielsweise aus zweiten Einkommen, in welchen Fällen sich die Unterstützung auf einen Differenzbetrag reduzierte.

Zu diesem Hilfsfonds für Ein-Personen- und Kleinstunternehmen gab es starke Kritik. Zwar konnten die Betroffenen auch noch einen Zuschuss aus einem anderen Fonds beantragen (der Staat bezahlte bis maximal 75 Prozent der Betriebskosten), doch gab es Unmut über die Höhe der Zuwendungen aus dem Härtefallfonds und der langen Dauer der Genehmigung. Mit jenen Änderungen, die am 27. Mai im Ministerrat beschlossen hatten, wurden die möglichen Finanzhilfen aus dem Fonds mehr als verdoppelt. Die Erhöhung erfolgte durch eine Ausweitung des Hilfszeitraumes: Bis zu diesem Zeitpunkt gab es maximal 2000 Euro für drei Monate, danach gab es Zuschüsse für sechs Monate. Zu diesen maximal 12.000 Euro kam ein sogenannter „Comeback-Bonus“ in Höhe von einmalig 3000 Euro, also 500 Euro pro Monat. Trotz der Erhöhung rechnete Finanzminister Gernot Blümel damit, dass der vorgegebene Budgetrahmen für den Härtefallfonds (zwei Milliarden Euro) halten soll.⁸⁵

68 Prozent der österreichischen Unternehmen waren damals stark von der Coronakrise betroffen, etwa 25 Prozent der vom Kreditschutzverband von 1870 (KSV 1870) befragten 1100 Betriebe hatten nur noch vier Wochen Liquidität. KSV 1870-Chef Ricardo-José Vybiral befürchtete ab Juni eine Pleitewelle. Die Bürokratie bleibt der größte Feind der Unternehmerschaft: 23,6 Prozent der befragten Unternehmen hatten bürokratische Hürden zu Kurzarbeit, Härtefallfonds u.a. überwunden und warteten damals auf ihr versprochenes Geld. Erst 9,4 Prozent der Unternehmer hatten damals bereits finanzielle Hilfe erhalten. 28,4 Prozent der Befragten hatten damals erst noch gar nicht um Hilfe angesucht. Die Frist zur Einreichung für Kurzarbeit – rückwirkend ab März 2020 – lief am 20. April 2020 um Mitternacht aus.⁸⁶

Mit 38 Milliarden Euro hat sich die österreichische Bundesregierung zum Ziel gesetzt, heimische Unternehmen zu unterstützen. Bis 18. Mai hatte der Staat im Zuge der Coronahilfe bereits 22,25 Milliarden Euro an Unternehmen ausbezahlt bzw. an Garantien übernommen.⁸⁷ Allein die Kosten für die Kurzarbeit hatten sich seit Ausbruch der Coronakrise verdreifacht. Im 38-Milliarden-Euro-Paket waren sie ursprünglich mit

⁸³ Norbert Rief, Bis 6000 Euro für Kleinunternehmen, in: *Die Presse*, 27.03.2020, S. 15.

⁸⁴ Norbert Rief, Härtefonds: Mittel werden mehr als verdoppelt, in: *Die Presse*, 28.05.2020, S. 17.

⁸⁵ Ebenda.

⁸⁶ Christine Kary und Gerhard Hofer, 24 Prozent der Betriebe vor Pleite, in: *Die Presse*, 17.04.2020, S. 1.

⁸⁷ Norbert Rief, Coronahilfe: Genügen 38 Milliarden Euro?, in: *Die Presse*, 23.05.2020, S. 15.

lediglich 400 Millionen Euro veranschlagt, mittlerweile sind 12 Milliarden Euro vorgesehen – für drei Monate. Die Unternehmen können die Kurzarbeit aber noch einmal um weitere drei Monate verlängern.⁸⁸ Für Steuerstundungen sind 10 Milliarden Euro vorgesehen, mit Stand 18. Mai wurden Stundungen in Höhe von 5,7 Milliarden Euro genehmigt. Garantien übernahm der Staat bisher im Umfang von 5,25 Milliarden Euro, eingeplant sind 9 Milliarden Euro. Aus dem Härtefallfonds für Ein-Personen-Unternehmen und Kleinstunternehmen wurden mit 18. Mai 174 Millionen Euro ausbezahlt, budgetiert waren 2 Milliarden Euro. Während die Immobilienkrise 2008/09 in erster Linie die Finanzwelt traf, trifft die Coronakrise die Realwirtschaft: Von der Autofabrik bis zur kleinen Tischlerei, Kaffeehäuser, Modegeschäfte, Restaurants waren geschlossen, Friseure, Einzelhändler, Masseur*innen hatten keine Kunden.⁸⁹ Mit dem 38-Milliarden-Euro-Hilfspaket sollten Tausende Arbeitsplätze gerettet werden mit dem Ziel, Groß-, Mittel- und Kleinunternehmen zu halten. Genügt das nicht, war vorgesehen, noch einmal Geld zu investieren.⁹⁰ Das 38-Milliarden-Euro-Konjunkturpaket gliedert sich in:

- **Notfallfonds: 15 Milliarden Euro:** richtet sich an jene Unternehmen, die aufgrund der Verordnungen der Bundesregierung zusperren mussten (Restaurants, Hotels, Einzelhändler, Gärtnereien u.a.) und garantiert Kredite, um die Liquidität der Unternehmen sicherzustellen. Bei den Krediten geht es um Haftungsübernahmen von bis zu 90 Prozent der Kreditsumme. Unternehmen können sich von ihrer Hausbank die Höhe eines Quartalsumsatzes leihen, maximal aber 120 Millionen Euro. Der Staat übernahm für entgangene Umsätze zudem Teile der Betriebskosten – und zwar bis zu 90 Millionen Euro. Die Höhe wird sich an den Umsätzen der Vergangenheit orientieren. Einen Teil dieser Hilfe werden die Unternehmen nach der Krise über einen längeren Zeitraum zurückzahlen müssen. Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck stellte am 3. April klar, dass Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern die Hilfe nur beantragen können, wenn sie keinen Mitarbeiter gekündigt hatten, sondern die Kurzarbeit nutzen. Für Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitern galt diese Einschränkung jedoch nicht.⁹¹ Zusätzlich zahlte der Staat einen steuerfreien, nicht rückzahlbaren Zuschuss zu den anfallenden Betriebskosten (darunter fielen Mieten, Versicherungsprämien, Strom-, Gas-, Telefon-, Internetkosten und auch Leasingraten). Die Kosten

wurden zum Teil übernommen, wenn das Unternehmen aufgrund der Coronakrise einen Umsatzeinbruch von mindestens 40 Prozent hatte. Zudem mussten die Firmen „sämtliche zumutbaren Maßnahmen setzen, um Arbeitsplätze zu erhalten“. Die Regelung im Detail: bei einem Umsatzentfall binnen drei Monaten von 40 bis 60 Prozent bezahlte der Staat 25 Prozent der Betriebskosten; bei 60 bis 80 Prozent Entfall wurden 50 Prozent ersetzt, sowie bei 80 bis 100 Prozent übernahm der Staat 75 Prozent der Betriebskosten.⁹² Anträge dazu können seit 15. April 2020 bis Ende 2020 über die Website des Austria Wirtschaftsservice (AWS) eingebracht werden. Ebenso wurde das Kreditmoratorium für Privatpersonen und Kleinstunternehmen (bis zu 9 Personen) beschlossen. Voraussetzungen dafür waren nachweisbare Einkommensausfälle aufgrund der Coronakrise und ein Abschluss des Kredits vor dem 15. März 2020. In diesen Fällen mussten die Banken die Kredite (Zinsen und Rückzahlungen) drei Monate lang stunden.

- **Stundungen: 10 Milliarden Euro (Steuerstundungen).** Mit einem Formular konnten Unternehmen beim Finanzministerium entweder um eine völlige Stundung ihrer Steuerzahlungen ansuchen oder um eine Herabsetzung. Die Steuern müssen jedoch später bezahlt werden, doch werden keine Verzugszinsen berechnet, sondern einfach die Frist für die Zahlungen verlängert.
- **Garantien: 9 Milliarden Euro:** diese werden vom Staat übernommen. Das gilt für Großunternehmen wie für Klein- und Mittelbetriebe (KMU). Abgewickelt werden diese Garantien unter anderem über die Hotel- und Tourismusbank sowie auch die Kontrollbank, die mit zwei Milliarden Euro speziell die Exportwirtschaft unterstützt. Unternehmen können einen Kreditrahmen von 10 Prozent (Großunternehmen) bzw. 15 Prozent (KMU) ihres Exportumsatzes beantragen.
- **Soforthilfe: 4 Milliarden Euro.** Seit Beginn der Krise wurde diese Soforthilfe vom Staat bereitgestellt. Damit wird unter anderem die Kurzarbeit finanziert (400 Millionen Euro), für die es sehr großzügige Regelungen gibt und die jedes Unternehmen in Anspruch nehmen kann. Derzeit sind es vor allem die großen Unternehmen (wie Austrian Airlines, VOEST).
- **Härtefonds: von den 4 Milliarden Euro an Soforthilfe war – vorerst – eine Milliarde Euro für Ein-Personenunternehmen, Kleinunternehmen und all jenen Unternehmen vorgesehen, die für keine der anderen Hilfen infrage kamen. Das Geld aus diesem**

⁸⁸ Ebenda.

⁸⁹ Norbert Rief, Wie Firmen zu Staatshilfe kommen, in: *Die Presse*, 25.03.2020, S. 1.

⁹⁰ Ebenda

⁹¹ Norbert Rief, Staat schießt bis zu 90 Millionen Euro zu, in: *Die Presse*, 04.04.2020, S. 17.

⁹² Ebenda.

Fonds gab es mehr oder weniger bar auf die Hand. Deutschland stellte aus einem ähnlichen Fonds zwischen 3000 und 5000 Euro pro Monat für ähnliche deutsche Zielgruppen zur Verfügung. Das Geld in Österreich wurde ebenso steuerfrei ausbezahlt. Zusätzlich zu den Bundeshilfen gab es noch finanzielle Unterstützung von den Bundesländern. Das größte Paket hatte das Land Tirol mit 400 Millionen geschnürt.⁹³

Um ein übermäßiges Ansteigen der Arbeitslosigkeit abzufangen, wurde eine Umstellung auf Kurzarbeit gefördert, wobei die Angestellten einen Großteil des entfallenden Lohnes refundiert erhalten. Damit verbunden ist die Rückkehr an den Arbeitsplatz nach Ende der Kurzarbeit. Diese konnte rückwirkend mit 1. März 2020 beantragt werden, galt für drei Monate und konnte einmal um drei Monate verlängert werden. Für die Beschäftigten bedeutete das, dass sie drei Wochen ihres Jahresurlaubs konsumieren mussten; für die erste Phase der Kurzarbeit mussten nur Alturlaube und Zeitguthaben aufgebraucht werden. Mit Stand 18. Mai waren laut Daten des Arbeitsministeriums 111.922 Anträge auf Corona-Kurzarbeit in Bearbeitung. Davon waren 96 Prozent (107.758 Anträge) bewilligt worden, so wurde für gut 1,3 Millionen Beschäftigte Kurzarbeit genehmigt. Die meisten Jobs waren damals mit 350.000 in der Industrie betroffen, gefolgt vom Handel mit knapp 300.000 und Beherbergung und Gastronomie mit 100.000 Arbeitsplätzen. Das Geld floss jedoch nur langsam. Die Unternehmen mussten eine detaillierte Auflistung der entfallenen und gearbeiteten Stunden an das Arbeitsmarktservice (AMS) übermitteln, um die Unterstützung für die Kurzarbeit zu bekommen. Von den 10 Milliarden Euro, die bis zu diesem Zeitpunkt bewilligt wurden, wurden damals erst 273 Millionen Euro ausbezahlt.⁹⁴

Die gesamten Beihilfen bis 25. Mai wurden wie folgt aufgelistet:

- 6 Milliarden Euro an Steuerstundungen (von 10 Milliarden Euro),
- 5,7 Milliarden Euro an Garantien (von 9 Milliarden Euro),
- 10,1 Milliarden durch Kurzarbeit,
- 1,1 Milliarden Euro an Beschaffungen etc.

193 Millionen Euro waren vom Härtefallfonds ausbezahlt worden.⁹⁵ Die größten Kosten der Coronahilfe

verursachte die Kurzarbeit. Die Unterstützung war zu Beginn mit 400 Millionen Euro budgetiert, mittlerweile hält man bei 12 Milliarden Euro. 10,15 Milliarden Euro waren damals fix zugesagt, mit 25. Mai waren 500 Millionen Euro an die Unternehmen ausbezahlt.⁹⁶

Der Andrang auf die bis zu 1000 Euro Soforthilfe für Ein-Personen-Unternehmen (EPU), Kleinstunternehmen und Selbständige war enorm. Doch es mehrten sich kritische Stimmen. Viele EPU lagen durch mehrfache Versicherungen oder bei einem Nebenverdienst über der Geringfügigkeitsgrenze. Vizekanzler Werner Kogler plädierte für die Ausweitung dieser Kriterien.⁹⁷ Österreichische Unternehmen mussten während der Coronakrise keine Umlage an die Wirtschaftskammer entrichten, die Landeswirtschaftskammern schnürten ein 100 Millionen Euro umfassendes Hilfspaket für die besonders betroffenen Unternehmen.⁹⁸

Bei der Regierungsklausur am 16. Juni verabschiedeten die Parteien ÖVP und Grüne ein zwischen 45 und 50 Milliarden Euro umfassendes Hilfspaket für die Bewältigung der ökonomischen Folgen der Coronakrise, das entspricht ca. 11 bis 13 Prozent des österreichischen Bruttoinlandsproduktes (BIP). Aus den zugesagten Hilfsmaßnahmen in Höhe von 38 Milliarden Euro wurden bis Mitte Juni 23,2 Milliarden Euro zugesagt oder bereits ausbezahlt.⁹⁹ Steuerliche Entlastungen soll es im Umfang von bis zu 5,1 Milliarden Euro geben. 1420 Euro sollen „Durchschnittsfamilien“ (2 Erwerbstätige, 2 Kinder) zusätzlich zur Verfügung stehen. Mehr erhalten sollen Arbeitslose – um einmalig 450 Euro. Beim Härtefonds werden die Hilfen mehr als verdoppelt. Im Gastronomiebereich fällt die Mehrwertsteuer auf 5 Prozent. An Coronahilfen der Bundesregierung wurden bis Mitte Juni 2020 in Österreich 23.434 Millionen Euro bewilligt und auch teilweise ausbezahlt.¹⁰⁰

Hohe Arbeitslosigkeit und Einbrüche im Tourismus

2019 waren in Österreich 3,8 Millionen unselbständige Beschäftigte und 363.000 Arbeitslose gemeldet. 2008 hatte die Arbeitslosenrate in Österreich 212.253 Menschen exklusive Schulungsteilnehmer betragen; zehn Jahre später waren es also um rund 100.000 mehr.¹⁰¹ Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen hatte sich im selben Zeitraum mehr als verdoppelt – auf 34 Prozent. Während der Coronakrise wurde fast die Hälfte der Menschen auf dem Arbeitsmarkt arbeitslos oder in

⁹³ Norbert Rief, Wie Firmen zu Staatshilfe kommen, in: *Die Presse*, 25.03.2020, S. 1.

⁹⁴ Jeannine Hierländer, Kosten für Kurzarbeit explodieren, in: *Die Presse*, 20.05.2020, S. 13.

⁹⁵ Norbert Rief, Wo bleiben die Coronagelder?, in: *Die Presse*, 27.05.2020, S. 1.

⁹⁶ Ebenda.

⁹⁷ Wiener Zeitung, Debatte um Ausweitung des Härtefallfonds, in: *Wiener Zeitung*, 31.03.2020, S. 1.

⁹⁸ Die Presse, Frankreich droht ein Rekorddefizit in: *Die Presse*, 15.04.2020, S. 11.

⁹⁹ Norbert Rief, Macht der Staat das Richtige?, in: *Die Presse*, 17.06.2020, S. 1.

¹⁰⁰ Ebenda.

¹⁰¹ Rudolf Balmer, Wieland Schneider, Jürgen Streihammer, Europas Exit-Strategien in der Coronakrise, in: *Die Presse*, 15.04.2020, S. 2 und 3, hier S. 3.

Kurzarbeit.¹⁰² Die hohe Arbeitslosigkeit wird Spuren hinterlassen – sowohl im Budget als auch in der Gesellschaft. Das Wirtschaftsforschungsinstitut erwartet, dass in Österreich 2020 die Arbeitslosenquote von 7,4 Prozent auf 8,7 Prozent steigt, jedoch im Jahr 2021 deutlich sinkt. Die Beschäftigung in Österreich wird laut Wirtschaftsforschungsinstitut erstmals seit 2009 sinken, und zwar um 1,8 Prozent. Die Arbeitslosenzahlen sind nun wieder rückläufig. Laut einem Bericht des Wirtschaftsforschungsinstituts (Wifo) sind Arbeiter besonders von der Krise betroffen. Neun von zehn verloren gegangenen Stellen entfielen im April 2020 auf diese Gruppe.¹⁰³ Die Arbeitslosigkeit entwickelte sich in Österreich seit 2. März 2020 wie folgt:¹⁰⁴

2. März 2020	381.761 Arbeitslose
9. März 2020	373.859 Arbeitslose
16. März 2020	394.269 Arbeitslose
23. März 2020	509.859 Arbeitslose
30. März 2020	557.302 Arbeitslose
6. April 2020	585.008 Arbeitslose
13. April 2020	588.234 Arbeitslose
20. April 2020	576.276 Arbeitslose
27. April 2020	572.025 Arbeitslose
4. Mai 2020	560.503 Arbeitslose
11. Mai 2020	549.662 Arbeitslose

Im Jahr 1933 – am Höhepunkt der damaligen Wirtschafts- und Finanzkrise – lag die Arbeitslosenquote bei 27 Prozent (600.000 Arbeitslose), die Dunkelziffer an Arbeitslosen war viel höher. Die staatliche Unterstützung war in den 1930er-Jahren niedrig und lief schnell aus. Im Gegensatz dazu unternimmt die Politik heute sehr viel, um Massenarbeitslosigkeit zu verhindern. Laut Wirtschaftsforschungsinstitut werden sich in Österreich die Subventionen zur Krisenbekämpfung mit 12,5 Milliarden Euro im Budget niederschlagen, ein Gutteil für die Kurzarbeit, dazu kommen Hilfen für Selbständige und Unternehmen.¹⁰⁵

In Österreich sind während des Kalenderjahres 900.000 Menschen mindestens einen Tag arbeitslos. Das wäre normal und kein Problem, solange sie auch rasch wieder Arbeit finden. Je länger die Menschen jedoch arbeitslos sind, desto mehr Humankapital wird abgebaut. Menschen verlieren Fähigkeiten, Motivation, Selbstvertrauen,

werden krank. Wer ein Jahr oder länger keinen Job hat, ist jedoch kaum mehr vermittelbar, insbesondere ab einem gewissen Alter bzw. einer gewissen gesundheitlichen Angeschlagenheit. Zudem gibt es in Österreich eine hohe Teilzeitarbeitsquote unter Frauen: drei Viertel der Frauen mit Kindern unter 15 Jahren arbeiten Teilzeit.

Im Rahmen der Kurzarbeit in Österreich war die Beihilfe mit 80-90 Prozent des Gehalts deutlich höher als das Arbeitslosengeld mit etwa 55 Prozent. Menschen hatten bereits mehr Geld, um zu konsumieren, als wenn sie arbeitslos wären. Laut Berechnungen der Agenda Austria von Mitte April kostete die durch die Coronakrise ausgelöste Jobkrise den Staat 2020 6,3 Milliarden Euro zusätzlich. Der Tourismusbranche stand im Juni die schlechteste Sommersaison seit 1970 bevor. Jedes vierte Hotel könnte die Krise nicht überstehen. Staatshilfen kommen nicht an. Der Vizepräsident der *Österreichischen Hoteliervereinigung* (ÖHV) – Alexander Ipp – rechnete im Sommer 2020 mit einem Preiskampf um jeden Gast und um jedes Zimmer. Von den knapp 153 Millionen Gästenächtingungen entfielen im Jahr 2019 73 Prozent auf ausländische Gäste. Tourismusberater Klaus Ennemoser meinte: Statt der 153 Millionen Nächstigungen (2019) könnte es 2020 89 Millionen Nächstigungen geben – ähnlich niedrig wie 1970.¹⁰⁶

In Österreich steuert der Tourismus bis zu 15 Prozent des BIP bei. Die Tourismuswirtschaft befürchtete laut Ennemoser einen Ausfall von 9,6 Milliarden Euro, infolge des Multiplikatoreneffekts könnte die österreichische Wirtschaft einen Verlust von 17,2 Milliarden Euro hinnehmen müssen. Das betrifft vor allem Bäcker, Bauunternehmer, Sauna- und Bäderbauer – ganze Talschaften könnten in Salzburg oder in Tirol ohne Tourismus zusperren.¹⁰⁷

Im Sommer 2019 gab es in Österreich 7,9 Millionen Touristen aus Deutschland, davon allein 2,629.778 Gäste aus Bayern sowie 1,351.134 aus Baden-Württemberg.¹⁰⁸ Auf die Einladung an deutsche Touristen seitens der österreichischen Tourismusministerin Köstinger reagierte Deutschlands Außenminister Heiko Maas anfangs sehr zurückhaltend: „*Wir können und wollen im Sommer so eine Aktion nicht noch einmal wiederholen*“, meinte Maas am 24. April unter Anspielung auf die Bemühungen im März, nach dem Ausbruch der Seuche Urlauber und mehr als 400 Saisoniers aus den Quarantänen in Sölden, Ischgl, Galtür und anderen Urlaubsorten zurückzuholen. Dafür waren Sondergenehmigungen des österreichischen Außenministeriums und des Gesundheitsministeriums nötig, und sogar Polizeieskorten bis zum Grenzübergang.

¹⁰² Jeannine Hierländer, Tag ohne Arbeit, in: *Die Presse*, 30.04.2020, S. 1.

¹⁰³ Jeannine Hierländer, Kosten für Kurzarbeit explodieren, in: *Die Presse*, 20.05.2020, S. 13.

¹⁰⁴ Matthias Auer, Arbeitslose: Ist das Größte vorüber?, in: *Die Presse*, 13.05.2020, S. 13.

¹⁰⁵ Jeannine Hierländer, Tag ohne Arbeit, in: *Die Presse*, 30.04.2020, S. 1.

¹⁰⁶ Gerhard Hofer und Oliver Pink, Hoffen auf österreichische Gäste, in: *Die Presse*, 25.04.2020, S. 1.

¹⁰⁷ Ebenda.

¹⁰⁸ Jürgen Streihammer und Christian Ultsch, Der Ischgl-Faktor: Warum Berlin bei Österreichs Urlaubsplänen bremst, in: *Die Presse*, 25.04.2020, S. 5.

Die „Einladung“ von Tourismusministerin Köstinger ging der deutschen Regierung damals zu schnell. Zudem gibt es in Deutschland das „Ischgl-Trauma“, das von manchen Medien und auch Politikern bemüht wird: So warnte der Berliner *Tagesspiegel* vor der vorschnellen Öffnung von Berliner Kindergärten: „Jede Kita“ sei ein „kleines Ischgl“. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schrieb vom „Menetekel Ischgl“. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder streute einen Hinweis auf Ischgl ein, um die Absage des Oktoberfests zu rechtfertigen.¹⁰⁹

Nach der Öffnung der Grenzen im Juni erholte sich die Tourismusindustrie zu einem gewissen Maße, allerdings in verschiedenen Regionen uneinheitlich. Während Urlauber aus Deutschland schnell wieder omnipräsent waren, erlitt vor allem der Städtetourismus durch das Ausbleiben überseeischer Gäste massive Einbußen.

Wird eine „zweite Coronawelle“ in Österreich erwartet?

Im Juni hatten steigende Zahlen durch Cluster-Bildung in den Bundesländern Salzburg, Wien und Niederösterreich sowie Sorge vor den Folgen der Grenzöffnungen Österreichs zu den Nachbarländern dazu geführt, dass Gesundheitsminister Rudolf Anschober erstmals seit Wochen wieder von einer „unruhigen Lage“ in Österreich spricht.¹¹⁰ Das Sars-CoV-2 sei nach wie vor im Land, es hat nichts von seiner Gefährlichkeit verloren und kann jederzeit „in einem größeren Stil“ wieder ausbrechen. Für den Virologen Christoph Steininger von der Medizinischen Universität Wien ist „eine zweite Welle obnebin keine Frage des Ob, sondern des Wann“.¹¹¹ Anschober bezog sich dabei vor allem auf eine Prognose des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) in Solna/Schweden. Demzufolge könnte eine zweite Infektionswelle in Europa bereits begonnen haben. Die alarmierenden Prognosen von Ende Juni (dass das Niveau von Neuinfektionen schon Mitte Juli wieder die Werte von Mitte März erreichen könnte) haben sich bisher nicht bestätigt, wohl aber führt ein leichtes Ansteigen der Neuinfektionen dazu, dass derzeit (20. Juli) eine Verschärfung gewisser Maßnahmen, wie etwa des Mund-Nasenschutzes, wieder überlegt wird.¹¹²

Die Rahmenbedingungen im Sommer 2020 sind jedoch ganz andere als jene Anfang März. So stehen dieses Mal ausreichend Testkapazitäten zur Verfügung, um Verdachtsfälle innerhalb eines Tages zu testen und im Fall positiver Ergebnisse in speziell eingerichteten

Spitalsabteilungen zu isolieren. Zudem wurde in Österreich das Contact Tracing – also die Methode, wie Infektionsketten zurückverfolgt werden können – wesentlich verbessert. Die Ärzteschaft weiß über den Krankheitsverlauf von Covid-19 und die Behandlungsmethoden im Vergleich zu März weitaus mehr. Bernd Lamprecht, Vorstand der Klinik für Lungenheilkunde des Kepler-Universitätsklinikums in Linz meinte dazu: „Im März hatten wir nur den Vorschlaghammer als Werkzeug. Mittlerweile verfügen wir über Pinzetten und Skalpelle und können spezifischer, treffsicherer eingreifen.“ Für Lamprecht ist es deshalb wahrscheinlicher, dass gelindere Mittel und Maßnahmen wie die Ausweitung der Mund-Nasenmaskenpflicht sowie die Rücknahme einzelner Grenzöffnungen angewendet und folglich ausreichen werden. Von einem stärkeren Anstieg der Infektionen mit Sars-CoV-2 noch vor dem Herbst 2020 gehen auch Lamprecht und der Virologe Christoph Steininger aus: „Wenn die getroffenen Maßnahmen die Ansteckungen derart reduzieren können, bedeutet das im Umkehrschluss, dass ihre Aufhebung wieder zu einem Anstieg der Zahlen führen muss“, erläuterte Lamprecht. Der größte Unterschied zur Lage im März liege aber darin, dass die Durchseuchung im Juni 2020 deutlich niedriger war und daher Multiplikatoren fehlten: „Das kann sich aber rasch ändern, sollten Großveranstaltungen zu Superspreader-Ereignissen werden.“ Rund zehn Prozent der Infizierten sind für rund 80 Prozent der Ansteckungen verantwortlich. Den größten Schaden können Superspreader (also Menschen, die aus unbekanntem Gründen weitaus mehr Viren ausscheiden und deshalb infektiöser sind) bei Großveranstaltungen anrichten. Laut Virologen Steininger könnten derartige Ereignisse durch so viele vorsorgliche Tests wie möglich vermieden werden, mit dem Ziel, ansteckende Personen rechtzeitig zu erkennen und zu isolieren.

Die Intensivkapazitäten wurden in Österreich bisher nie ausgeschöpft, das heißt aber nicht, dass es nicht in der nächsten Zeit dazu kommen kann. Die meisten Erkrankten hatte Österreich Anfang April 2020, am 3. April wurden 11.129 auf Sars-CoV-2 positiv Getestete registriert. Für 1074 von ihnen war eine Spitalsbehandlung erforderlich, 245 Personen benötigten ein Intensivbett. Davon kann abgeleitet werden, dass ca. 10 Prozent der positiv getesteten Personen in das Krankenhaus eingeliefert werden müssen, 2,2 Prozent sogar auf die Intensivstation. Im wöchentlichen Mittel kamen in Österreich im Juni 2020 rund 30 bis 35 neue Covid-19-Erkrankungen pro Tag dazu – also in etwa ein Zwanzigstel der Rekordzahlen im März. Dieser Wert ist seit Ende Mai weitgehend stabil (Stand: 25. Juni 2020). Ähnlich viele Menschen genesen täglich. Seit Ende Mai

¹⁰⁹ Gerhard Hofer und Oliver Pink, Hoffen auf österreichische Gäste, in: *Die Presse*, 25.04.2020, S. 1.

¹¹⁰ Köksal Baltaci, Starker Anstieg der Zahlen Mitte Juli erwartet, in: *Die Presse*, 24.06.2020, S. 9.

¹¹¹ Irene Brickner und Michael Matzenberger, Zwischen massivem Infektionsplus und weiterer Entspannung, in: *Der Standard*, 25.06.2020, S. 6.

¹¹² Dies und die folgenden Angaben: Köksal Baltaci, Starker Anstieg der Zahlen Mitte Juli erwartet, in: *Die Presse*, 24.06.2020, S. 9.

betrug die Zahl der gleichzeitig an Covid-19 Erkrankten stets zwischen 400 und 500 Personen.¹¹³

Schlussfolgerungen

Österreich setzt bei der Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise auf eine Vielzahl von Maßnahmen – von der Direkthilfe über Steuersenkungen bis zu Investitionen in die Infrastruktur –, die langfristig wirken sollen. Mitte März entschloss sich die Bundesregierung zu einem massiven Herunterfahren des öffentlichen und sozialen Lebens in Österreich. Etwas später setzte man auf das Tragen von Gesichtsmasken: „Tausende Tote“ sollten dadurch verhindert werden ebenso wie die Überlastung der Intensivmedizin, so Österreichs Innenminister Karl Nehammer.¹¹⁴ Bei der Einhaltung der Quarantäne gab es jedoch Differenzen zwischen den Bundesländern. Die Stadtregierung in Wien nahm nicht nur das Angebot der Bundesregierung nicht an, dass die Polizei beim Nachverfolgen der Infektionskette bei einem Corona-positiv-Getesteten hilft, sondern hielt es auch nicht für notwendig, dass die Polizei die Einhaltung der Quarantäne überwachte. Die Stadt Wien kündigte an, derartige Maßnahmen mit eigenen Instrumenten und Mitarbeitern umzusetzen. Die anderen acht Bundesländer nahmen hier die Unterstützung der Polizei in Anspruch: „Werden Quarantänemaßnahmen nicht ausreichend überwacht, ist der Druck zu gering. Die Menschen müssen das Bewusstsein haben, dass tatsächlich eine Polizeistreife vorbeikommt, Nachschau hält, ob man daheim ist und die Versorgung sichergestellt ist“, sagte Innenminister Nehammer.¹¹⁵

Österreichs Regierung sagte zwar der Wirtschaft rasch umfassende Hilfe zu, jedoch sahen viele Unternehmer wenig bis keine Hilfe, mussten Lohnfortzahlungen selbst finanzieren und sehen sich mittlerweile in ihrer Existenz gefährdet. Eine größere Pleitewelle könnte bevorstehen. Die Arbeitslosigkeit stieg exorbitant. Von der Erhöhung der Arbeitslosenzahl war die Gastronomie mit 118.725 (+130,4 Prozent) am meisten betroffen, gefolgt vom Handel mit 75.988 (+49,1 Prozent), Arbeitskräfteüberlassung mit 51.459 (+48,6 Prozent), der Bereich Herstellung von Waren mit 41.353 (+52,3 Prozent) und dem Bau mit 37.964 (+97,9 Prozent) und dem Verkehr/Lagerei mit 31.537 (+84 Prozent), Gesundheit/Sozialwesen mit 13.879 (+42,1 Prozent) (Quelle: AMS).¹¹⁶ In Österreich brachte die Coronakrise Ende März 2020 mit fünf Prozent den stärksten Rückgang der Beschäftigung seit dem Winter 1952/53. Zuletzt war die Beschäftigung im Krisenjahr 2009 gesunken, aber nur um 1,5 Prozent. AMS-Chef Herbert Buchinger erwartet, dass der Gipfel

der Jobkrise noch bevorsteht: „Den Höhepunkt werden wir erst im Jänner 2021 sehen.“ Die Winterarbeitslosigkeit trifft zudem auf die Rezession. Eine gewisse Sockelarbeitslosigkeit werde jedoch bleiben: Ältere, gesundheitlich Eingeschränkte, Behinderte werden „vom Aufschwung nicht automatisch profitieren“.¹¹⁷

Was die Kriminalität betrifft, gab es bis Ende März 2020 aufgrund der Pandemie deutlich weniger Einbruchsdiebstähle und fast kaum Ladendiebstähle, jedoch breiteten sich mit dem neuen Coronavirus andere Formen der Kriminalität aus – vor allem die Internetkriminalität, gefälschte Masken, gefälschte Desinfektionsmittel, Zugriffe auf Bankdaten und die Trickbetrügerei (ältere Menschen wurden aufgefordert, Geld zu überweisen), so Innenminister Karl Nehammer. Insgesamt verlagert sich die Kriminalität verstärkt in den virtuellen Raum, Suchtgift wird etwa heute fast im gleichen Ausmaß im Internet wie auf der Straße gehandelt. Zudem gab es einige Verstöße gegen die Corona-Gesetze und Vorschriften durch „Lebensgefährder“ (Nehammer), dazu zählten „Spuckattacken“ (mit dem Ziel, Personen in Panik zu versetzen) und „Corona-Parties“ (Zusammenkünfte von mehreren Menschen, kleine Feste, auch größere Geburtstagsfeiern).¹¹⁸ Während der ersten beiden Monate der Coronakrise gab es in Österreich jedoch nur 32.000 Anzeigen und 4000 Organstrafmandate (bis 7. Mai), im Vergleich dazu erfolgten 2019 über 6 Millionen Anzeigen wegen Verkehrsübertretungen. Insgesamt gesehen, war die Kooperationsbereitschaft der Bevölkerung enorm.¹¹⁹ Sars-CoV-2 ist jedoch nicht ausgerottet, so Innenminister Nehammer: „Das heißt, wir müssen durch Eigenverantwortung einen Beitrag dazu leisten, dass es zu keiner zweiten Welle kommt. Oder dass sie, wenn sie doch kommt, zu keinem pandemischen Tsunami wird.“¹²⁰

„Corona-Parties“ bildeten in Österreich vereinzelt nicht nur in der Bevölkerung Gegenstand für polizeiliches Eingreifen, sondern sorgten auch in der Politik für Reaktionen. So musste der steirische FPÖ-Landtagsabgeordnete Gerhard Hirschmann am 24. März nach einer von der Polizei am Wochenende zuvor aufgelösten „Corona-Party“ von allen politischen Funktionen zurücktreten. Hirschmann meinte: „Ich habe von Beginn an meinen Fehler eingestanden und mich dafür öffentlich entschuldigt.“¹²¹ Anlässlich des Besuches von Bundeskanzler Sebastian Kurz im Mai anlässlich seines Besuches im Kleinwalsertal / Vorarlberg kam der

¹¹⁷ Ebenda.

¹¹⁸ Die Strafen waren sehr hoch: bei Verstößen gegen die „Corona-Gesetze“ bis zu 3600 Personen bei Personen und bis zu 30.000 Euro bei Lokalbesitzern. Aus: ORF-Pressestunde, 30. März 2020, 11.30 Uhr bis 11.45 Uhr.

¹¹⁹ Alexander Purger, „Das hat sensationell funktioniert“, in: *Salzburger Nachrichten*, 08.05.2020, S. 4.

¹²⁰ Ebenda.

¹²¹ Die Presse, Nach Corona-Party: FPÖ-Mann tritt zurück, in: *Die Presse*, 25.03.2020, S. 4.

¹¹³ Irene Brickner und Michael Matzenberger, Zwischen massivem Infektionsplus und weiterer Entspannung, in: *Der Standard*, 25.06.2020, S. 6.

¹¹⁴ ORF-Pressestunde, 30. März 2020, 11.30 Uhr bis 11.45 Uhr.

¹¹⁵ Die Presse, 47.330 Quarantänefälle geprüft, in: *Die Presse*, 27.05.2020, S. 3.

¹¹⁶ Jeannine Hierländer, Wie die Jobkrise die Jungen trifft, in: *Die Presse*, 05.05.2020, S. 1.

Bundeskanzler in eine Situation, in der die Abstandsregeln nicht befolgt werden konnten, Innenminister Karl Nehammer kommentierte dazu: „Da haben wir die Situation im Vorfeld falsch eingeschätzt. Wir haben die Emotionen unterschätzt.“¹²² Bundeskanzler Sebastian Kurz selbst meinte: „Die Situation war so nicht geplant, sie ist entglitten.“ Er habe jedenfalls daraus gelernt und werde „vielleicht das eine oder andere Mal den Hintereingang verwenden, wenn man in ein Gebäude hineinwill.“¹²³ Fast humoristisch wirkte es, als rund eine Woche später, am späten Abend des 23. Mai, ausgerechnet Bundespräsident Dr. Alexander van der Bellen mit seiner Frau nach der damals mit 23 Uhr festgelegten Sperrstunde im Schanigarten eines italienischen Restaurants in der Wiener Innenstadt angetroffen wurde. „Es war ein Fehler“, bedauerte er.¹²⁴

Mit 15. Juni endete in Österreich nach drei Monaten weitgehend die Verpflichtung zum Tragen der Mund-Nasen-Schutz an öffentlichen Orten. Weiterhin eingehalten werden muss der Ein-Meter-Abstand zu Personen, mit denen man nicht in einem gemeinsamen Haushalt lebt. Die Mund-Nasenschutz-Verpflichtung gilt nur noch in öffentlichen Verkehrsmitteln und Taxis sowie in Einrichtungen des Gesundheitsbereiches inklusive Apotheken. Weiterhin geschützt bleiben müssen zudem Mitarbeiter und Kunden in Branchen, in denen der Abstand von einem Meter nicht eingehalten werden kann, z.B. Friseur oder Kosmetiker.¹²⁵

Im Juni und Juli kam es gelegentlich – etwa im Umfeld von Gottesdiensten und Schlachthöfen – zu lokalen Anstiegen der Infektionsraten und entsprechenden, meist örtlich begrenzten Maßnahmen. Angesichts eines leichten Anstiegs der Fallzahlen wurde Mitte Juli eine Wiedereinführung der Verpflichtung zum Tragen des Mund-Nasenschutzes in Geschäften diskutiert; dies ist aber bis zum Abschluss der Arbeit an dieser Übersicht noch offen. Ebenso, wie Experten unterschiedlicher Ansicht sind, wie sehr die Maskenpflicht echte Prävention oder eher eine symbolische „bewusstseinsbildende Maßnahme“ („Placebo-Effekt“) darstellt.¹²⁶

Unbeschadet der gesundheitlichen Entwicklung stellte die Coronakrise zweifellos das staatliche Krisenmanagement vor Herausforderungen, die in dieser Form und diesem Umfang einzigartig waren, die aber zugleich Schwächen im bestehenden System aufzeigten und damit Anlass sein sollten, uns auf künftige Bedrohungen möglichst gut vorzubereiten. Aus Sicht des Bundesheeres resümierte

Generalmajor Johann Frank dazu wie folgt: „Ein Schlüsselfaktor ist aus unserer Sicht ein neues strategisches, staatliches Führungssystem, das in der Krise Expertenmeinungen bündelt und der Regierung ein umfassendes Lagebild und langfristige Handlungsoptionen für den Weg aus der Krise bietet.“¹²⁷ Folglich sollte ein permanenter Sicherheitsstab geschaffen werden, der in der Krise unterschiedliche Experten hinzuzieht. Diese Zielsetzung dient der Entwicklung eines „strategischen, gesamtstaatlichen Ansatzes“. Am Beispiel der Coronakrise sollten demnach in diesem Zusammenhang nicht nur ökonomische oder gesundheitspolitische Herausforderungen bewertet, sondern auch deren sicherheitspolitische Ableitungen im Hinblick auf eine umfassende Sicherheitsvorsorge berücksichtigt werden. Es stellt sich dabei auch die Frage, ob auch die erforderliche Schutzausrüstung, die für die Bewältigung derartiger Krisen notwendig ist, verstärkt in Österreich produziert werden müsste. Diesbezüglich bedarf es des weiteren Ausbaus einer verstärkten Koordination aller dafür notwendigen Institutionen mit der Wirtschaft. Die Coronakrise hat die Verwundbarkeit der europäischen Gesellschaften aufgezeigt – insbesondere wie schnell sich eine gewohnte Sicherheits- und Wirtschaftslage ändern kann. Alle durch diese Pandemie betroffenen Staaten sind nun in die Lage versetzt, ihre jeweilige Sicherheitsvorsorge einer gründlichen Überprüfung zu unterziehen.

¹²² Die Presse, 47.330 Quarantänefälle geprüft, in: *Die Presse*, 27.05.2020, S. 3.

¹²³ Die Presse, Kanzler Kurz zu Kleinwalsertal: „Situation ist entglitten“, in: *Die Presse*, 16.05.2020, S. 5.

¹²⁴ Van der Bellen nach Sperrstunde im Schanigarten: "Das tut mir aufrichtig leid", in: *Der Standard*, 24.05.2020.

¹²⁵ Gerhard Öhlinger, Am Montag fallen die Masken fast überall, in: *Salzburger Nachrichten*, 13.06.2020, S. 9.

¹²⁶ Vgl. dazu etwa die Interviews mit Univ.-Prof. Dr. Franz Allerberger (AGES) und dem Innsbrucker Bürgermeister Georg Willi (Grüne), ORF, Ö1, Morgenjournal und Journal um acht, 21.07.2020.

¹²⁷ Iris Bonavida, „Geopolitik verschwindet trotz Corona nicht“, Interview mit Generalmajor Johann Frank, in: *Die Presse*, 24.04.2020, S. 9.

Autor

Hofrat Dr. Gunther Hauser ist Leiter des Referats Internationale Sicherheit am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik an der Landesverteidigungsakademie in Wien sowie Ehrenprofessor der Donau-Universität Krems.

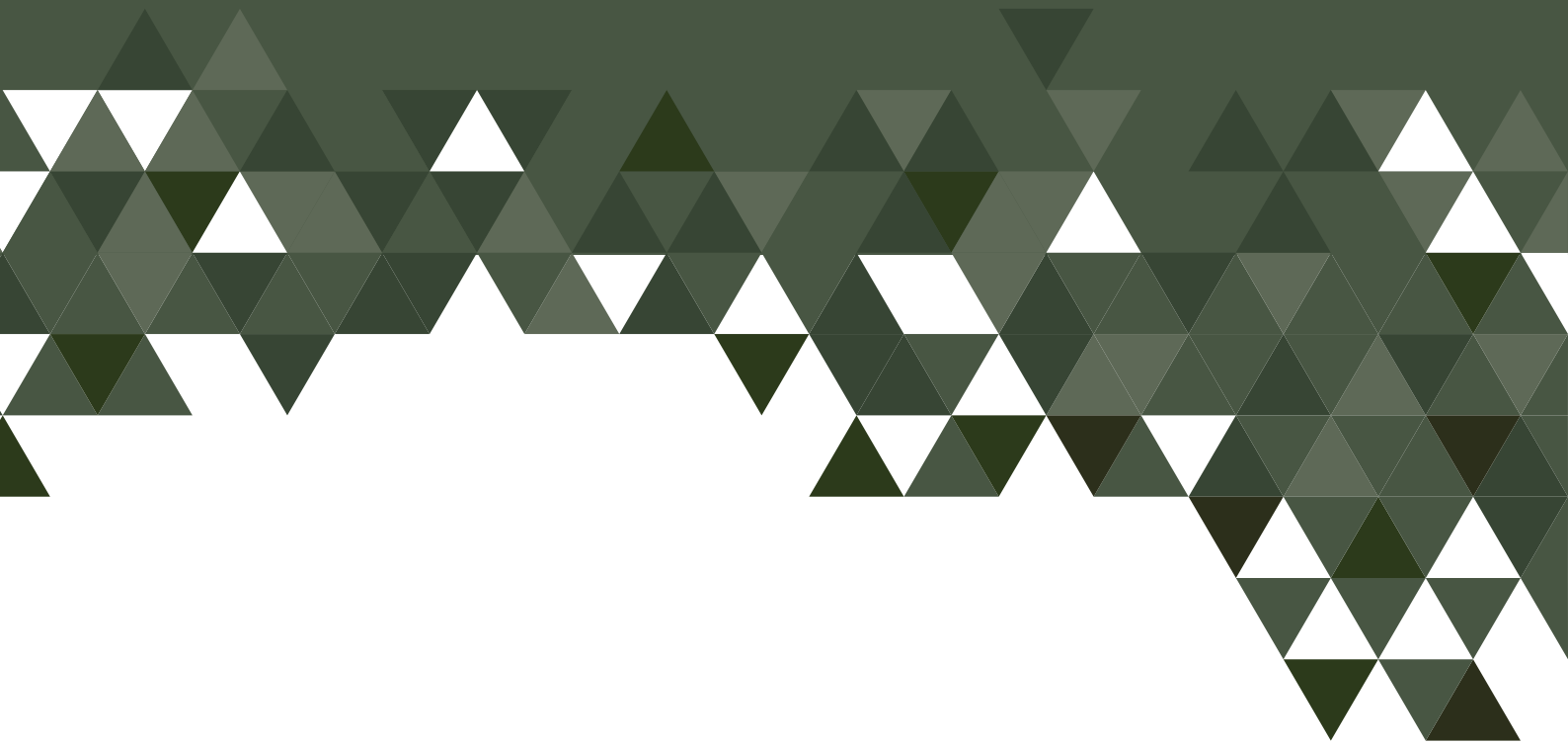
Institut für Strategie & Sicherheitspolitik (ISS)

Das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik wurde 1967/68 als Institut für militärische Grundlagenforschung geschaffen und ist damit das älteste Forschungsinstitut der Landesverteidigungsakademie in Wien. Zum ursprünglichen Auftrag, das moderne Kriegsbild und dessen weitere Entwicklung zu erforschen, militärische Strategien zu vergleichen und den Einfluss der modernen Kriegführung auf die österreichische Landesverteidigung zu untersuchen, kamen inzwischen weitere Bereiche. In die Bereiche Strategie, internationale Sicherheit sowie Militär- und Zeitgeschichte gegliedert, widmen sich die Forscher des Instituts in enger Kooperation mit zivilen und militärischen wissenschaftlichen Institutionen im In- und Ausland der Erforschung aktueller strategischer, sicherheitspolitischer und zeithistorischer Fragen. Die Ergebnisse werden in Form von Publikationen sowie in der Lehre im Ressort und darüber hinaus vermittelt.

Erhalten Sie bereits die regelmäßigen Informationen über unsere neuesten Publikationen sowie Einladungen zu unseren Vorträgen und Veranstaltungen? Wenn Sie noch nicht auf unserer Verteilerliste stehen, bitten wir um eine kurze Nachricht an lvak.iss@bmlv.gv.at bzw. um Ihren Anruf unter +43 (0) 50201 10-28301, um Sie in unseren Verteiler aufzunehmen.

ISS: Forschung – Lehre – Meinungsbildung

www.bundesheer.at/iss



**LANDESVERTEIDIGUNGS-AKADEMIE
INSTITUT FÜR STRATEGIE UND SICHERHEITSPOLITIK**

ISBN: 978-3-903121-94-2